

Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge



Kundgebung von Uniterre für einen «fairen Milchmarkt» und eine «Milchmengensteuerung in Produzentenhand», 2. März 2012.

Die vor dem Bundeshaus platzierten Stiefel symbolisieren den Strukturwandel bzw. die BäuerInnen, die ihren Hof auf- und ihre Stiefel abgeben.

Foto: Kurt Graf

Agrarpolitik: Wohin die Reise?

«Widersprüchliche und vielfältige Direktzahlungen.»

Peter Moser. Seite 3

Von «Brot und Blumen» und vom «umgekehrten Strukturwandel». Ein Gespräch mit Martin Bossard/ Bio Suisse und Rudi Berli/Uniterre über die AP14-17.

Markus Schär & Jakob Weiss. Seite 4

Kein Land in Sicht. Strukturwandel und Nichtverfügbarkeit von Höfen und Land.

Markus Schär. Seite 10

Ernährungssouveränität: mehr als lokale Selbstversorgung. Thomas Gröbly. Seite 13

Die Strategie der krummen Gurken.

Sonja Korpeter. Seite 15

Öko – Bauern – Ideologie. Wovon reden «Bios», Konservative und politische Extremisten gleichermassen?

Nikola Patzel. Seite 18

Nischen für den sinnvollen Einsatz von Arbeitspferden.

Ernst Ryz. Seite 22

Aktuell – eine Wortkolumne aus aktuellem Anlass.

Jakob Weiss. Seite 24

Agrarpolitik: ein rutschiges Terrain. Martin Köchli. Seite 26

Foto: Maria Jakob



Markus Schär

Liebe Leserin, lieber Leser,

im vorliegenden Heft geht es hauptsächlich um Agrarpolitik. Die Agrarpolitik ist bekanntlich ein weites Feld, auf dem sich gesellschaftliche Akteure mit völlig unterschiedlichen Interessen tummeln. Auf diesem Feld wachsen Gegensätze, wuchern Widersprüche, blühen Missverständnisse, sodass die Hauptkultur – es wäre die Agrikultur – kaum gedeihen kann. Die kontroversen Diskussionen um den nächsten agrarpolitischen Vierjahresplan (AP14-17) im Parlament und in den Medien, aber auch in den landwirtschaftlichen Verbänden und in der Bauernschaft, zeichnen das Bild eines Widerstreits zwischen «Nahrung produzieren» und «Ökologie schaffen».

Egal, wie sich die Mehrheitsgesellschaft in diesem Spannungsfeld positioniert: **Es werden Forderungen an die Bauern und Bäuerinnen gestellt. Ihnen wird vorgeschrieben, wie sie sich in der Ausübung ihres Berufs sinnvollerweise betätigen sollen.** Das entsprechende Steuerungsinstrument – wie könnte es anders sein – ist das Geld. Seit nunmehr zwanzig Jahren können Bauern und Bäuerinnen an bestimmte Bedingungen geknüpfte Direktzahlungen beziehen. Die offizielle Legitimation für diese staatlichen Unterstützungen: Die Landwirtschaft erfülle diverse gesellschaftliche Aufgaben, sie sei «multifunktional». Nicht nur die Herstellung von Lebensmitteln gehöre zu ihren Aufgaben, sondern auch die Landschaftspflege und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Diese gesellschaftlichen Leistungen seien abzugelten, zumal die Bauern und Bäuerinnen vom Verkauf ihrer Erzeugnisse in einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nicht anständig leben

können, wenn Wettbewerb und ausländische Konkurrenz die Produzentenpreise bestimmen. Die Direktzahlungen sind für die allermeisten Schweizer Bauern und Bäuerinnen in der heutigen Marktordnung ein unverzichtbarer Einkommensbestandteil. Sie machten 2011 gemäss BLW durchschnittlich 21,1% der Rohleistungen aus der landwirtschaftlichen Produktion aus.

Systemisch betrachtet sind Direktzahlungen aber vor allem ein Instrument, um mit den Widersprüchen zwischen der bäuerlichen Ökonomie und einem auf Kapitalakkumulation ausgelegten Wirtschaftssystem umzugehen. **Bauern und Bäuerinnen passen mit ihrer ureigenen Wirtschaft – der Landwirtschaft – nicht in eine auf «den Fortschritt» eingeschworene Gesellschaft, deren Produktionsweise auf der Idee von stetigem Wachstum fusst und deren Konsummuster durch den schier grenzenlosen Warenverschleiss geprägt ist.** Zwei meines Erachtens hervorragende Schriften gehen dieser Unverträglichkeit auf den Grund: «Die Landwirtschaft als Chance einer zukunftsfähigen Schweiz – oder Dauerproblem auf dem Weg zur vollständigen Industrialisierung der Ernährung?» aus dem Jahr 1999, geschrieben von den beiden Bioforum-Beiräten Hans Bieri und Peter Moser, zusammen mit Rolf Steppacher. Nach einem historischen Rückblick diskutieren die Autoren die Agrarpolitik 2002 und kommen zu folgendem Schluss: «... die jüngste Agrarreform [2002] zeichnet sich in erster Linie durch eine Nichtthematisierung der unterschiedlichen Ressourcenbasis einer agrarischen und einer industriellen Produktionsweise aus und bekommt somit die grundlegendsten Probleme gar nicht ins Blickfeld. **So vernünftigt viele Zielsetzungen und Einzelelemente des neuen Landwirtschaftsgesetzes auch sind, in einem kumulativen Prozess führen sie zu einem weiter schrumpfenden Agrarsektor und einem wachsenden, aber nicht nachhaltig funktionierenden Ernährungssektor –**

kaum eine tragfähige Basis für eine zukunftsfähige Gesellschaft.» Die Direktzahlungen sind in der Sichtweise der Autoren ein «Instrument der Weiterführung des politisch gelenkten Schrumpfungsprozesses der bäuerlichen Landwirtschaft». Gilt dieses Urteil auch für die neue Agrarpolitik (AP14–17), die eine «Ökologisierung» der Landwirtschaft anstrebt? Lesen Sie dazu das Gespräch, das wir mit Martin Bossard von Bio Suisse und Rudi Berli von Uniterre Genf geführt haben.

Der zweite Text, der mir wichtig ist, ist John Bergers historisches Nachwort in «SauErde – Geschichten vom Lande». In einer Zeit, in der Geschichte sich als solche aufzuheben und Realität sich auf allgegenwärtige Echtzeit zu beschränken scheinen, tut Berger etwas schon fast Anachronistisches: Er betrachtet die bäuerliche Ökonomie geschichtlich und sieht die Bauern als Überlebende, die seit der neolithischen Revolution die unterschiedlichsten Ausbeutungssysteme überstanden haben. Heute, so Berger, sei es zum ersten Mal überhaupt möglich, dass diese Klasse von Überlebenden vielleicht nicht mehr überlebe: **«Bald könnten die ländlichen Gebiete der Welt auf die Städte angewiesen sein, sogar hinsichtlich der Nahrungsmittel, die die eigene Landbevölkerung braucht. Wenn und falls das geschieht, werden die Bauern aufgehört haben zu existieren.»**

Um schliesslich wieder auf die heutige Situation bei uns zurückzukommen: Führt der mehr oder weniger geplante Strukturwandel letztlich zur Beseitigung der Bauern und BäuerInnen, wie John Berger schreibt? Sind die Direktzahlungen, die vordergründig der Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen dienen, langfristig gesehen ein Vehikel zur geordneten Abschaffung der Bauern und Bäuerinnen? Vielleicht – hoffentlich – kann die Lektüre der vorliegenden Ausgabe von K+P etwas Erhellendes zum besseren Verständnis über diese und andere agrarpolitischen Fragen beitragen. ●

Das **Bioforum Schweiz** ist einer nachhaltigen Landwirtschaft verpflichtet. Im Biolandbau sehen wir die zukunftsfähigste Form von Landbewirtschaftung. Dafür müssen alle Menschen guten Willens zusammenspannen. Auch Sie können uns unterstützen mit **einer Spende, einer Schenkung, einem Legat, einer Erbschaft.**

Konto Schweiz: PC 30-3638-2, Bio-Forum Möschberg/Schweiz, 3506 Grosshöchstetten.

Konto Deutschland: Sparkasse Ulm, Konto-Nr.: 83 254, Bio-Forum Möschberg.
Bankleitzahl 630 500 00, BIC-Code SOLADES1ULM

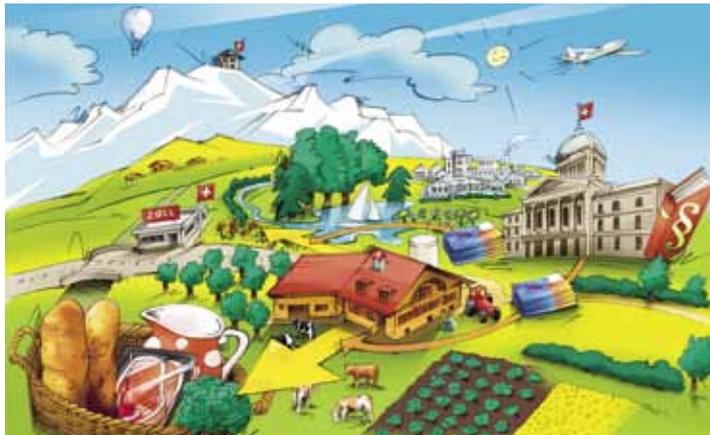
«Widersprüchliche und vielfältige Direktzahlungen»

Der Agrarhistoriker Peter Moser erläutert das wichtigste Instrumentarium in der Schweizer Agrarpolitik.

Markus Schär für K+P: Was führte zur Einführung der Direktzahlungen in die Schweizer Agrarpolitik?

Vom Ende des Ersten Weltkriegs bis in die 1980er Jahre bestand das Oberziel der staatlichen Agrarpolitik darin, die Ernährung der Gesamtbevölkerung sicherzustellen. Dieser Zielsetzung wurden im Konfliktfall die anderen, von der Agrarpolitik ebenfalls angestrebten Ziele (z. B. die Stützung der Produzentenpreise mangels Marktmacht der vielen Bauern gegenüber den wenigen, mächtigen Abnehmern oder die Weltmarktintegration der Agrarproduktion) untergeordnet. Weil in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Motorisierung und der Chemisierung sowie mit der handelspolitisch erwünschten Steigerung der Futtermittelimporte das Produktionsvolumen viel grösser wurde, wich der Mangel an Nahrungsmitteln innert kürzester Zeit einer punktuellen Überproduktion, die als Milchseen oder Butterberge in die Geschichte eingingen. Insgesamt blieb die Selbstversorgung der Schweiz mit Nahrungsmitteln im internationalen Vergleich jedoch tief.

Ab den späten 1950er Jahren versuchte die Politik die neuen Probleme mit komplexen Massnahmen im Bereich der Produktion in den Griff zu bekommen. Zuerst mit Preisabzügen zur Finanzierung der Kosten, die bei der Verwertung leicht verderblicher Produkte entstanden. Dann durch die Kontingentierungen der Produktion im Inland und die Förderung des Exports mit Beihilfen. Gleichzeitig ging man dazu über, die Preis- und Zollpolitik als Steuerungsinstrument punktuell durch Direktzahlungen zu ergänzen. Die



Agrarpolitik gemäss BLW. Es fliessen Gelder, es wird «produziert» und Ökologie «hergestellt». Aber wo bleiben die BäuerInnen und die KonsumentInnen?

Quelle: Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)

staats- und verbandsnahen Akteure gingen davon aus, dass auch mit Direktzahlungen die bisherigen agrarpolitischen Zielsetzungen erreicht werden konnten. Andere, vor allem am Import von Nahrungsmitteln interessierte Handels- und Verarbeitungskreise sahen in den Direktzahlungen ein griffigeres Instrument, um ihre Zielsetzungen schneller und umfassender zu erreichen. Und Umweltschutzorganisationen erblickten in den Direktzahlungen die Möglichkeit, ihre Vorstellungen von «mehr Natur» besser durchsetzen zu können.

K+P: Welche Funktionen haben Direktzahlungen in der gegenwärtigen Marktordnung?

Ganz unterschiedliche – und damit auch sich widersprechende. Der Politik und der Verwaltung dienen sie dazu, um die neu postulierten primären Zielsetzungen von «mehr Markt» und «mehr Ökologie» nach Möglichkeit zu erreichen. Zivile Gruppierungen versuchen, ihre je spezifischen Ziele durch eine entsprechende Ausgestaltung der Direktzahlungen zu erreichen. Deshalb stürzten sich alle, die in der Landwirt-

schaft etwas beibehalten oder verändern wollen, zuerst auf die Direktzahlungen. Damit wird zugleich der Eindruck vermittelt, dass Bauern und Bäuerinnen mechanisch auf Geldflüsse reagieren, und dass mit Geld alles erreicht werden kann. **Die Direktzahlungen sind ein Ausdruck der weit verbreiteten Illusion, dass zur gleichen Zeit alles zu erreichen und zu haben sei: mehr Markt, mehr Natur, mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit, mehr Freiheit usw.**

K+P: In welchem Zusammenhang stehen die Direktzahlungen mit dem Agrarfreihandel?

Solange die Transportkosten so tief sind, sinken bei internationalem Wettbewerb und wachsenden Märkten die Preise der Produzenten. Direktzahlungen werden deshalb als Kompensation gesehen – sie sind WTO-kompatibel. Gleichzeitig erlauben die Direktzahlungen es den Abnehmern noch mehr Druck auf die Produzentenpreise auszuüben, denn sie können nun argumentieren, dass ein immer grösserer Teil der Produktionskosten durch Direktzahlungen ab-

gegolten werde. **Das führt zur (vordergründig betrachtet) paradoxen Situation, dass die Produktion immer mehr vom Staat abhängig wird, je «freier» der Handel organisiert wird.**

K+P: Haben die Direktzahlungen einen Einfluss auf den Strukturwandel?

Mit der konkreten Ausgestaltung des Direktzahlungssystems, z. B. über die Definition der Standardarbeitskraft (SAK), kann die Politik den Strukturwandel viel konkreter beeinflussen als vorher über die Preispolitik. So konnte etwa die Tierhaltung durch gezielte Massnahmen massiv verbessert werden. **Und mit der in der AP14-17 enthaltenen Fokussierung auf die Fläche werden nun logischerweise grössere Betriebe bevorzugt.** Allerdings schaffen die Direktzahlungen für BetriebsleiterInnen immer auch Möglichkeiten, das für bestimmte Leistungen erhaltene Geld ganz anders als vom Gesetzgeber und von der Verwaltung vorgesehen einzusetzen – etwa um eine Investition zu tätigen statt zu konsumieren.

K+P: Wie haben sich die Direktzahlungen auf die Einkommenssituation der BäuerInnen und auf die Produzentenpreise ausgewirkt?

Im Bezug auf die Einkommen kann man keine klare Tendenz herauslesen. Hingegen haben die Direktzahlungen den Druck auf die Produzentenpreise sicher erhöht – und gleichzeitig den Druck auf die Preise derjenigen, von denen die Bauern sogenannte Vorleistungen beziehen (Futtermittelindustrie, Umweltbüros, Agrochemie, Maschinenhersteller, Tierärzte, Treuhänder usw.) verringert.

Die Zahlungsfähigkeit der Bauern diesen Kreisen gegenüber hat sich wegen den Direktzahlungen massiv erhöht. Direktzahlungen sind also viel mehr als lediglich Einkommensstützen für die Landwirtschaft. **Die Bauern dienen immer auch als Durchlauferhitzer für Geldflüsse von den Steuerzahlern hin zum Gewerbe, zur Industrie, zu Importeuren und zu Dienstleistern im Umweltbereich.** Das ist einer der Hauptgründe, weshalb das Direktzahlungssystem politisch so gut verankert ist bzw. fast nur von denen grundsätzlich kritisiert wird, an die die Direktzahlungen ausbezahlt werden – nämlich von den Bauern.

K+P: Kommen die Direktzahlungen auch den KonsumentInnen zugute?

Teilweise ja – wenn man der Ansicht ist, dass tiefe Preise per se gut seien für die KonsumentInnen. Da der grösste Teil der Kosten für die Nahrungsmittel heute in der Verarbeitung und im Handel anfallen, und nicht mehr in der Produktion, sinken die Konsumentenpreise jedoch nicht annähernd so stark wie die Preise der Produzenten seit der flächendeckenden Einführung der Direktzahlungen.

K+P: Ist das Modell der Direktzahlungen grundsätzlich sinnvoll?

Direktzahlungen sind wie Krücken: Sie können einen Muskelschwund auslösen und eine momentane Abhängigkeit noch verstärken und verfestigen – oder sie können dazu benutzt werden, um etwas Eigenständiges zu erreichen, das die Direktzahlungen womöglich einmal wieder überflüssig machen könnte. Aber das geht im Bereich der Ernährung nur, wenn ProduzentInnen und KonsumentInnen sich einig werden und zusammen vorgehen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.

K+P: Was wäre allenfalls eine Alternative zum Direktzahlungssystem?

Alternativen gibt es immer in nicht-totalitären Gesellschaften. **Allerdings kann man Alternativen nicht einfach einkaufen wie Fertigpizzas. Eigenständige Lösungen muss bzw. darf man sich selbst erarbeiten.** KonsumentInnen und ProduzentInnen erreichen nur dann etwas, wenn sie gemeinsam Ziele formulieren und diese zusammen umsetzen – wie beispielsweise in der regionalen Vertragslandwirtschaft. Wenn einmal ein Konsens geschaffen ist, dass die Risiken geteilt und der Aufwand für eine nachhaltige Produktion fair abgegolten wird, dann braucht es vielleicht auch keine Direktzahlungen mehr. ●

Von «Brot und Blumen» und vom «umgekehrten Strukturwandel»

Ein Gespräch mit Martin Bossard/Bio Suisse und Rudi Berli/Uniterre über die AP14-17.

Die Kontroverse über die neue Agrarpolitik ist nach der parlamentarischen Bereinigung und der Vorlage des Verordnungsentwurfs neu aufgeflammt. Das Bioforum hat sich mit Martin Bossard und Rudi Berli zum Gespräch über die AP14-17 getroffen. Martin Bossard ist Leiter Politik bei Bio Suisse und unterstützt die AP14-17 im Namen des Verbandes. Rudi Berli von Uniterre Sektion Genf lehnt die neue Agrarpolitik ab und will ein Referendum. In der angeregten Diskussion wurde deutlich, dass Bossard und Berli trotz ähnlicher Zielrichtungen grundlegend verschiedene Standpunkte dazu haben, wie die neue Agrarpolitik einzuschätzen sei, und was sie bewirken werde.

Markus Schär & Jakob Weiss für K+P: Das Parlament hat die AP14-17 mit grosser Mehrheit verabschiedet. Das Bundesamt für Landwirtschaft hat den Verordnungsentwurf dazu ausgearbeitet, dessen Anhörung bis Ende Juni 2013 dauert. Das BLW schreibt zur aktuellen Reform, dass damit die Innovation in der Land- und Ernährungswirtschaft stärker unterstützt, die Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessert und die gemeinwirtschaftlichen Leistungen gezielter gefördert werden sollen. Martin Bossard, wie beurteilst du als Vertreter von Bio Suisse diese Reform?

Martin Bossard: Man hat das Direktzahlungssystem weiterentwickelt, weil das bisherige System deutliche Nachteile aufweist. Die tierbezogenen Beiträge führten zum Beispiel zu einer teilweise zu intensiven Tierhaltung und zu einer Überproduktion im Milchbereich. Die neue Agrarpolitik korrigiert dies ein Stück weit, indem der Ackerbau stärker gefördert wird. Das bisherige System erbringt nicht genügend ökologische Leistungen. Das sieht man z. B. bei den Stickstoff- und Phosphor-Überschüssen. Die Mittel wurden bis jetzt zu wenig zielgerichtet eingesetzt. **Die Schweiz investiert sehr viel Geld in die Agrarpolitik, und der Steuerzahler erwartet, dass die in der Verfassung für die Landwirtschaft vorgesehenen Zwecke auch erfüllt werden. Dies sind eine sichere, günstige und marktge-**

rechte Produktion, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie tier- und umweltfreundliche Produktionssysteme. Da bestehen heute grosse Defizite, die der Bundesrat mit gezielten Direktzahlungen vermindern will. Zudem zeigen die Berechnungen des Bundes ein um 110 Millionen Franken höheres landwirtschaftliches Einkommen. Ein weiterer Punkt ist die Gentechnik-Freiheit. Wir haben mit dem Bauernverband zusammen erreicht, dass das Moratorium bis 2017 verlängert wird. Dieses würde ohne AP14-17 Ende 2013 auslaufen – was aus unserer Sicht sehr problematisch wäre.

Das System bietet Biobauern gute Chancen. Sie sind ja bereits auf dem Weg, den der Bundesrat für die gesamte Landwirtschaft anstrebt. Nämlich die gute Kombination von beidem: Brot und Blumen. Das ist kein Gegensatz für uns. Denn: Ohne hohen «Swissness»-Gegenwert in der Ökologie und beim Tierwohl werden die Konsumenten noch mehr billigere Produkte aus dem Ausland beziehen. Aber auch die Biobauern müssen sich bewegen. Die neue Agrarpolitik bringt ihnen anfangs leicht höhere Direktzahlungen, durchschnittlich 3% mehr als heute. Innerhalb von acht Jahren müssen aber auch sie im Schnitt 12% Übergangsbeiträge mit neu zu erbringenden Leistungen kompensieren, wenn sie 2021 noch gleich viele Direktzahlungen wie heute erhalten wollen.

Auch den Biobauern, die schon vieles erfüllen, wird die Kompensation nicht immer leicht fallen. Aber die Grundsätze der neuen Agrarpolitik sind so, dass sie Biobauern nützen, die gewillt sind, noch ökologischer und marktorientierter zu arbeiten. In diesem Sinne steht der Vorstand von Bio Suisse grundsätzlich hinter der neuen Agrarpolitik. Wir haben zwar nicht alles erreicht, was wir wollten, aber wichtige Punkte wurden verbessert.

K+P: Rudi Berli, zwei Sektionen deiner Bauerngewerkschaft Uniterre haben zusammen mit einzelnen SVP-Exponenten und eher marginalen landwirtschaftlichen Gruppierungen das Referendum gegen die jüngste Agrarreform ergriffen. Die Spitzen vom Bauernverband, von IP Suisse, Bio Suisse und anderen landwirtschaftlichen Verbänden unterstützen das Referendum nicht. Warum lehnt ihr die AP14-17 ab?

Rudi Berli: Wir haben versucht, in der Vernehmlassung zur AP14-17 Einfluss zu nehmen und sie im Sinne der Ernährungssouveränität mitzugestalten. Wir stellen nun aber fest, dass das verabschiedete Gesetz total hinter unseren Erwartungen zurücksteht. **Wir können es grundsätzlich nicht mehr akzeptieren, dass die bäuerlichen Produktionsstrukturen weiter zerstört werden. Es ist bekannt, dass wir jährlich rund 1500 Betriebe verlieren. Dieses Problem ist in der neuen Agrarpolitik überhaupt kein Thema. Es wird einfach davon ausgegangen, dies sei sozialverträglich.** Es ist für uns rätselhaft, wie sich dieser Strukturwandel mit den Postulaten der Nachhaltigkeit und der inländischen Nahrungsmittelproduktion vereinbaren lässt. Ein weiterer Punkt ist die soziale Nachhaltigkeit, also das bäuerliche Einkommen. Die ist zwar ein Thema, aber es gibt in der neuen Agrarpolitik absolut keine Bestrebungen, hier etwas zu verändern. Alle marktpolitischen Instrumente, die wir hier vorgeschlagen haben, wurden nicht berücksichtigt. Ausserdem beruht die neue Agrarpolitik weiterhin grundsätzlich auf einer Marktliberalisierung, auf einem Rückzug der öffentlichen Hand aus der Regulierung der Märkte. Wir sind der Meinung, dass wir nicht weitere vier Jahre bis zur nächsten Agrarpolitik warten können, um diese wichtigen, grundsätzlichen Fragen, die in der AP14-17 nicht enthalten sind, zu diskutieren. Schliesslich ist die Reform des Direktzahlungssystems auch im Zusammenhang mit der Anpassung an WTO-Regeln zur Entkoppelung von Produktion und gemeinwirtschaftlichen Leistungen



Martin Bossard von Bio Suisse und Rudi Berli von Uniterre Genf im Gespräch mit K+P.

Foto: Markus Schär

zu sehen. Darüber braucht es eine breite öffentliche Diskussion.

Wir haben mit einem Referendum nichts zu verlieren. Aus unserer Sicht ist die neue Agrarpolitik zwar nicht schlechter als die alte, aber schon die alte hat es verfehlt, auf die grundsätzlichen Probleme Antworten zu finden. Deswegen dürfen wir keine Angst haben, mit dieser komplexen Thematik vors Volk zu gehen. Und wir dürfen uns auch nicht bremsen lassen von der Angst, dass wir gespalten sind. Ich denke, wir haben in der Schweiz über alle politischen Lager hinweg einen Konsens, der darin besteht, dass wir eine ressourcenschonende, tierfreundliche, sozialverträgliche und nachhaltige Landwirtschaft wollen, brauchen, und uns diese auch leisten können. Es ist heute an der Zeit, die agrarpolitische Debatte nochmals aufzurollen, und zwar grundsätzlicher, als sie bisher geführt worden ist.

Martin Bossard: Ich bin auch nicht von allem begeistert, was in der neuen Agrarpolitik enthalten ist, aber sie ist ein Kompromiss. Zum Beispiel die Vermögensobergrenze für Direktzahlungen hätte Bio Suisse gerne beibehalten. Aber gerade bei den Standardarbeitskräften [SAK] konnten wir zusammen mit den Kleinbauern und der Agrarallianz die Erhöhung der Bezugsgrenze für Direktzahlungen auf 0.4 SAK verhindern und den Bundesrat zu einem vollständigen Rückzieher bewegen bis 2014 ein ausführlicher Bericht vorliegt.

Rudi Berli: Ja, da könnt ihr uns Danke sagen.

Martin Bossard: Warum dann das Referendum? Wer die neue Agrarpolitik ablehnt, verliert die erzielten Fortschritte. Gerade bei den SAK hat es positive Bewegungen gegeben. Die

Landwirtschaftsdebatte ist in einem grösseren politischen Kontext zu sehen, da haben eben nicht nur die 3% Bauern mitgeredet. Der grosse Vorteil der neuen Agrarpolitik besteht darin, dass ein Betrieb seine spezifischen Standortvorteile besser in Wert setzen kann und dafür belohnt wird. Viel mehr kann man für die Bauern nicht machen. **Die Technik schreitet fort, und viele Bauern haben selber das Bedürfnis, mehr Fläche zu bewirtschaften.**

Rudi Berli: Da bin ich überhaupt nicht einverstanden. Dieses Bedürfnis entsteht nur aus dem wirtschaftlichen Druck.

Martin Bossard: Wenn du nur Kleinstbetriebe willst, dann musst du wie vor 1995 staatlich einen Produzentenmilchpreis von über einem Franken festlegen und die Grenzen dicht machen. Anschliessend kannst du die Milchseen, Butter- und Käseberge mit Steuermilliarden zu Dumpingpreisen exportieren und den ausländischen Bauern den Preis untergraben. Oder aber wir müssen das Freihandelsabkommen mit China befürworten und anstreben, den Chinesen Premium-Milch für drei Franken verkaufen zu können.

K+P: Mit der AP14-17 werden gemäss Berechnungen des «Schweizer Bauer» die produktionsorientierten Beiträge von gegenwärtig 2,18 Milliarden Fr. pro Jahr bis 2017 auf 1,38 Milliarden Fr. gekürzt. Aufgestockt werden hingegen die sogenannt ökologisch orientierten Beiträge von heute 600 Millionen Fr. pro Jahr auf 1,43 Milliarden Fr. im Jahr 2017. Wenn die Bauern und Bäuerinnen bei diesem Anreizsystem mitmachen, wird der Netto-Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von aktuell 56% vermutlich



«Brot und Blumen»: Für Bio Suisse besteht zwischen Produktion, mehr Markt und mehr Ökologie kein Widerspruch.

Quelle und ©: Bio Suisse

weiter sinken. Findet Bio Suisse das nicht problematisch?

Martin Bossard: Bei dieser Aussage erliegt man der Propaganda des Schweizerischen Bauernverbandes. Nach unserer Auffassung sind im Jahr 2014 nur 12,6% der Direktzahlungen des neuen Direktzahlungssystems nicht direkt der Produktion zuzuordnen, nämlich die Biodiversitätsbeiträge, die Landschaftsqualitätsbeiträge und die Ressourceneffizienzbeiträge. Die Versorgungssicherheitsbeiträge, die Kulturlandschaftsbeiträge und die Produktionssystembeiträge sind klar an die Produktion gebunden. Und die Übergangsbeiträge stehen irgendwo dazwischen, weil sie aufgrund der allgemeinen und der ökologischen Direktzahlungen der Jahre 2011 bis 2013 berechnet werden. Beispielsweise ist der RAUS- oder der BTS-Beitrag an die Tierproduktion gebunden. **Biobauern erhalten den Biobeitrag ja nur, wenn sie die entsprechenden Kulturen anbauen. Wir sollten also nicht versuchen, Produktion und Ökologie gegeneinander auszuspielen.** Ich kann wirklich nur empfehlen, die Zahlen des BLW objektiv und unbefangen anzuschauen.

Bezüglich der Selbstversorgung sagt der Bund in seiner Prognose, dass mit der neuen Agrarpolitik nicht nur das landwirtschaftliche Einkommen steigen wird, sondern auch mehr Kalorien produziert werden. Wir produzieren pro Einwohner und Tag in der Schweiz weiterhin über 15 000 Kalorien, viele davon durch Veredelung von Gras zu tierischen Produkten. Mit mehr Ackerbau, wie dies der Bund jetzt anstrebt, steigt der Selbstversorgungsgrad durch produktionsorientierte Massnahmen. Wir wollen aber auch weiterhin mehr Käse und Schokolade exportieren oder Kaffee, Bananen und Orangensaft importieren können. **Dabei stammt die benötigte Energie zu fast 100%**

aus dem Ausland. Eine rein produktionsorientierte Diskussion geht für mich darum völlig am Kern vorbei. Der Selbstversorgungsgrad betrug selbst im Zweiten Weltkrieg mit dem Plan Wahlen nie mehr als 70,5%. Er könnte künftig viel billiger gesteigert werden, wenn nicht mehr ein Drittel der Nahrung unkonsumiert weggeworfen würde. Wenn wir den Fleischkonsum auf die vom Bundesamt für Gesundheit empfohlene Menge reduzierten, würde der Selbstversorgungsgrad viel mehr steigen als mit jeder Intensivierung der Produktion. Und diese wäre ja ohnehin nur auf Kosten der Biodiversität, der Umwelt und der Tiere zu erzielen. Wir verstehen Ernährungssouveränität wie Via Campesina als «das Recht eines Landes, die Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik selbst zu bestimmen, ohne Preis-Dumping auf Agrarrohstoffe gegenüber anderen Ländern zu betreiben». Auf die Schweiz bezogen heisst das: möglichst viele hochwertige Produkte in der Schweiz herstellen, ohne dabei den Bauern im Ausland durch Dumping die Märkte kaputt zu machen; und alles Übrige nach ökologischen und sozialen Kriterien vom befreundeten Ausland importieren.

K+P: Die Uniterre-Sektionen, die das Referendum unterstützen, kritisieren an der AP14-17 ein «entfremdetes liberales Ökologieverständnis» und eine «liberale Trennung von Ökologie und Produktion». Wie ist das zu verstehen?

Rudi Berli: Wir denken, dass die wirtschaftliche Diversität in der Landwirtschaft ein ganz entscheidender Faktor für die biologische Diversität ist. Die Erhaltung der klein strukturierten, diversifizierten, bäuerlichen Produktionsstruktur, die Wertschöpfung auf den Höfen erzeugt, ist eine ganz wichtige Voraussetzung, um die Biodiversitätsdebatte seriös führen zu

können. **Was bedeutet denn «Strukturwandel»? Die Betriebe werden immer grösser, sie haben immer weniger Wertschöpfung, das heisst, sie müssen ihre Produktion weiter intensivieren und Kosten senken.** Das sind die Worte, die das BLW verwendet, wenn von der Agrarpolitik gesprochen wird. Auf der anderen Seite heisst es dann, die neue Agrarpolitik sei eine ökologische Reform, weil man jetzt einen Biodiversitätsbeitrag, einen Landschaftsqualitätsbeitrag und höhere Standards in der Tierhaltung habe. Diese Trennung von Produktion und Ökologie ist nicht richtig, das gehört zusammen. Und der Mensch gehört ins Zentrum der Ökologie.

K+P: Das wäre doch der Punkt, um zu sagen: Da läuft etwas grundsätzlich falsch, und wir können nicht einfach nur mit Direktzahlungen an den feinen Schrauben rumdrehen, sondern müssen den Motor der Agrarpolitik als Ganzes unter die Lupe nehmen.

Martin Bossard: Landwirtschaftspolitik ist typischerweise eine Produktionsdebatte. Aber die eigentliche Frage ist doch: Wie ist die Nachfrage der Bevölkerung? Die Leute wollen inländische Produkte, sie wollen je länger je mehr Bioprodukte, sie wollen die Nachhaltigkeit und das Tierwohl berücksichtigt haben. Wir sollten versuchen, diesen Trend auch auf der Nachfrageseite zu unterstützen und zu fördern. Zum Beispiel könnten Kindergärten und Schulen mit Mittagstischen ihre Lebensmittel vermehrt in Bioqualität einkaufen. So entstünde eine Nachfrage, aus der die richtige Produktion hervorgehen würde. Diese Seite hat man in der AP14-17 nicht berücksichtigt, aber wir werden für die AP18-21 eine solche Zielsetzung verfolgen.

Ich stehe 100% hinter lokaler, ökologischer und tierfreundlicher Produktion. Und trotzdem werden wir weiterhin ausländische Produkte konsumieren. Ich will meinen Orangensaft am Morgen. **Und ich finde es keine dumme Idee, dass Schweizer Milch für drei Franken nach China oder Kirschen für 40 Franken nach Saudiarabien verkauft werden können, wenn es einen Markt dafür gibt.** Das kann für einen Teil der Landwirtschaft eine Chance sein, um die anderen Produkte zu einem günstigen Preis bereitstellen zu können. Anstatt die Produktion mit viel Geld aufzupumpen, was vor allem Preisdruck erzeugt und im Zwischenhandel versickert, kann man auch eine clevere Absatzstrategie mit einer hohen lokalen Wertschöpfung verfolgen. Ein rein produktionsorientierter «Plan Wahlen 2.0», wo der Staat

die Mengen kontingentierte, die Preise diktiert, Überschüsse zu Dumpingpreisen exportiert und die Grenzen mit Zöllen praktisch dicht macht, ist in Friedenszeiten kein zielführendes Programm. Diese Politik würde auch von unseren Handelspartnern nicht akzeptiert.

K+P: *Der Vergleich zwischen heute und dem Plan Wahlen ist so allerdings nicht zulässig. Das war eine andere Zeit, und es waren bedeutend weniger Erdölkalorien in den produzierten Nahrungskalorien enthalten. Heute sind wir ja eher beim Selbstversorgungsgrad Null angelangt, energetisch betrachtet.*

Martin Bossard: Ja gut, aber das ist bei anderen Grundbedürfnissen, zum Beispiel bei der Kleidung, genauso. Das zweitwichtigste Bedürfnis des Menschen ist, sich zu kleiden. Aber da findet keine Debatte statt. Wir importieren 100% unserer Rohstoffe für die Kleidung. Ich gebe zwar allen recht, die sagen, eigentlich sei die Debatte viel zu eng gefasst. Aber können wir diese Probleme lösen, indem wir die neue Agrarpolitik ablehnen? Im Übrigen geht diese ja in die richtige Richtung: mehr Wertschöpfung und mehr Kalorienproduktion, und dies erst noch ökologischer und tierfreundlicher.

Rudi Berli: Da muss ich leider widersprechen. Das BLW stellt zwar diese Theorie bezüglich einer erhöhten Kalorienproduktion auf. Wir sehen aber, was in den letzten Jahrzehnten passiert ist. Es fand keine Erhöhung, sondern eine Schwächung der inländischen Produktion statt. Um auf den Selbstversorgungsgrad zurückzukommen, der für uns doch eine gewisse Relevanz hat: In den letzten zehn Jahren sank dieser um 10%. Und das ist ein Brutto-Selbstversorgungsgrad. Wir sind auch international in guter Gesellschaft mit der Aussage, dass die Priorität der Nahrungsmittelproduktion in der Förderung von bäuerlichen, klein strukturierten, diversifizierten Betrieben besteht, die für den heimischen, lokalen Markt produzieren. Diesbezüglich läuft es mit der neuen Agrarpolitik aber weiterhin in die falsche Richtung, denn der Strukturwandel wird weiter vorangetrieben. **Auch wir wollen einen Strukturwandel, aber einen, der in die andere Richtung geht. Wir brauchen mehr Hände in der Landwirtschaft und nicht weniger. Wir wollen eine ökologische Intensivierung.** Das ist für uns die Grundlage, um qualitativ hochwertige Lebensmittel zu produzieren. Und das steht im Gegensatz zu dieser «Qualitätsstrategie», die Bio Suisse verteidigt. Diese «Qualitätsstrategie» ist eine Qualitätsstrategie des

Handels, der sich auf dem internationalen Markt mit qualitativ hochstehenden Produkten im Premium-Segment einen Mehrwert sichern will. Wir aber wollen eine Qualitätsstrategie im Basisernährungssegment sicherstellen. Mit der neuen Agrarpolitik befinden wir uns auf dem Holzweg.

Wir stellen überhaupt nicht den Handel als solchen infrage. Handel ist natürlich ein essenzieller Bestandteil der menschlichen Gesellschaft. Wir wollen auch nicht den Plan Wahlen wieder aufleben lassen. Autarkie ist nicht unser Ziel, und wir wollen auch nicht nur Käse und Getreide essen. **Aber wenn wir diesen Strukturwandel nicht bremsen, dann haben wir arithmetisch gesehen in weniger als 40 Jahren keine Landwirtschaft mehr in der Schweiz. Und 40 Jahre, das ist, wenn man von der Landwirtschaft spricht, übermorgen.** Wir zerstören nicht nur landwirtschaftliche Produktionsstrukturen, sondern auch vor- und nachgelagerte Zulieferer-, Gewerbe- und Verarbeitungsstrukturen. Das ist ein ganzer Wirtschaftskreislauf, der da aus den Regionen herausgenommen und grösser, zentralistischer organisiert wird. Wir sind der Ansicht, dass man hier ganzheitlicher denken muss. Im Übrigen steht auch die IFOAM für die Ernährungssouveränität ein und sagt, dass der internationale Handel zwar seine Berechtigung habe, aber nicht das höchste Prinzip sei, das die Landwirtschaftspolitik und die Nahrungsproduktion leiten müsse.

Die Politik muss dem Markt ganz klar die Rahmenbedingungen vorgeben. Und diese Haltung vermisse wir bei der Bio Suisse und auch bei anderen Gruppierungen, die hinter der neuen Agrarpolitik stehen, wie zum Beispiel Pro Natura. Es gibt zwar Handelsinteressen des Biomarktes, für die man Verständnis haben kann. Aber gleichzeitig wünschten wir uns, dass gerade die biologische Landwirtschaft sich in dieser Diskussion über die handelspolitischen Interessen stellen und gesamtgesellschaftlicher denken würde. Und eben auch in diesem Sinn Einfluss auf die Diskussion nehmen würde. Aber offenbar ist Bio Suisse immer noch geprägt von diesen alten Grabenkämpfen gegen den Bauernverband, die zu einer unheiligen Allianz mit dem Grosshandel geführt hat, um gesellschaftliche Anerkennung zu bekommen.

K+P: *Ist es denn für Bio Suisse möglich, dass Wettbewerb und Marktwirtschaftlichkeit zusammen mit der Biodiversität unter einem Hut gedeihen?*

Martin Bossard: Für uns ist das kein Gegensatz, Produktion und Ökologie. Und genau mit der neuen Agrarpolitik versucht man beides zu verbinden. Das ergibt einen Mehrwert, den die Leute auf dem Markt auch zu zahlen bereit sind. Grundsätzlich ist der Staat nicht gezwungen, in die Märkte einzugreifen. Er tut dies aber, weil der Markt ein Stück weit versagt, z. B. weil die Umwelt durch die intensive Produktion leidet, oder weil er bäuerlichen Familienbetrieben ein Auskommen ermöglichen will. Die Eingriffe des Staates sind in der neuen Agrarpolitik besser verankert als früher und übersetzen die guten Grundsätze der Bundesverfassung besser in ein landwirtschaftliches System als bisher. Dann sind Ökologie und Ökonomie auch keine Gegensätze, sondern ermöglichen in ihrer Verbindung gute Produkte, für die die Leute auch den Preis bezahlen, den sie wert sind. Das beste Beispiel hierfür sind Bioprodukte. Biobauern haben einen höheren Preis und produzieren für einen Markt, der wächst. Der Staat muss vor allem Flankenschutz leisten, damit die Bioproduktion gegenüber der konventionellen Produktion nicht ins Hintertreffen gerät. Und in einem grösseren Kontext betrachtet: **Wieso sollte man die Schweizer Landwirtschaft besonders fördern? Nur, weil es die Schweizer Landwirtschaft ist? In Frankreich produzieren sie möglicherweise ökologischer, weil sie es sich gar nicht leisten können, so viel Pestizide und Dünger einzusetzen und jeden Zentimeter bis zum Strassenrand auch noch unter den Pflug zu nehmen.** Darum ist in Frankreich noch eine Begleitflora vorhanden, die man hier kaum mehr antrifft. Wieso also die Produktivität in der Schweiz fördern, wenn eine Intensivierung der Ökologie abträglich ist? Diesen Konflikt müssen die Gegner der neuen Agrarpolitik mal ausdiskutieren, wenn sie die Produktion und den Selbstversorgungsgrad so stark ins Zentrum rücken. Unsere Qualitätsstrategie bringt das Ganze auf den Punkt: Wir wollen, dass die Produkte, die bezüglich Ökologie und Tierwohl besser sind, gekauft werden, und dass die nachhaltige Produktionsweise über den Preis honoriert wird. Und der Steuerzahler will dies ja auch und ist entsprechend bereit, die Ökologisierung der Produktion mitzutragen.

Rudi Berli: Vieles, was Martin sagt, kann ich unterschreiben. Aber diese Argumentationsweise enthält auch viel Widersprüchliches. Womit ich gar nicht einverstanden bin, ist, dass der Staat sich aus dem Markt heraus halten



«Die SAK ist auch ein Mensch.» Bäuerinnen demonstrieren gegen die Agrarpolitik.

Foto: Kurt Graf

soll. Der Staat soll zwar nicht direkt in den Markt eingreifen – hier vertreten wir eine liberale Auffassung. Aber der Staat muss die Rahmenbedingungen setzen. Und diese Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass sie der Allgemeinheit dienlich sind. Das heisst, dass sie mit den Zielen der Nachhaltigkeit vereinbar sein müssen. Beim ÖLN und den Tierschutzbestimmungen sieht man genau diesen begrüssenswerten Eingriff des Staates, der Rahmenbedingungen vorgibt. Aber wo wir es überhaupt nicht sehen, ist bei der Marktasymmetrie. **Die Marktasymmetrie ist direkt mit den Produktionsstrukturen und ihrer Entwicklung verbunden und führt zur Öffnung der Preisschere, also zu sinkenden Produzentenpreisen trotz steigender Konsumentenpreise.** Hier muss man ansetzen, und der Staat hätte hier auch eine Rolle zu spielen: Er müsste politische Entscheide fällen. Es geht dabei nicht in erster Linie um die direkte finanzielle Einkommensstützung, sondern vielmehr um eine Stärkung der Produzentenorganisationen und um eine bessere Einbindung der Konsumentenorganisationen, etwa in Marken. Wir haben in Genf zum Beispiel ein öffentliches Label, «Genève Région – Terre Avenir», das dem Kanton gehört. In der Markenkommission sind Produzenten, Konsumenten, Gewerkschaften und der Handel vertreten. Das ist ein ganz anderes Modell als bei den privaten Marken wie zum Beispiel «Swiss Garantie», an denen zwar Produzenten beteiligt sind, die aber im grossen Ganzen doch vom Handel dominiert werden. Die öffentliche Hand könnte hier viel aktiver sein und Kriterien für Marken definieren. Und vor allem könnte man dies lokal machen, um die lokale Wertschöpfungskette zu stärken.

Wenn man die Lebensmittelproduktion lokal organisieren und an die Nachfrage anpassen würde, würde sich das auch auf die Ressourceneffizienz positiv auswirken. In einem gemeinsam mit den Konsumenten und dem lokalen Handel organisierten lokalen Markt würden die Bauern nicht einfach mal drauflos produzieren, sondern es würden bedarfsgerechte Produktionsverträge ausgearbeitet.

Martin Bossard: Aber das ist ja gerade einer der Fortschritte der neuen Agrarpolitik: Sie stützt die Selbsthilfemassnahmen und stärkt die Verträge, z.B. im Milchbereich. Aber es kann nicht sein, dass Menge und Preis nur von den Produzenten bestimmt werden und die nachgelagerte Industrie alles übernehmen muss. Das muss die Branche gemeinsam aushandeln. Die Bioszene geht hier mit gutem Beispiel voran: nur wenige Organisationen, gute Zusammenarbeit in der Wertschöpfungskette, Verhaltenskodex und Plattformen für fairen Handel. Die konventionelle Schweiz hat allerdings vor allem im Milchbereich eine zu stark zersplitterte Struktur. Noch fehlt eine gemeinsame Qualitätsstrategie, und zu viele schwache Produzentenorganisationen stehen wenigen Abnehmern gegenüber.

Rudi Berli: Und genau da braucht es einen gesellschaftlichen Eingriff, um die Marktasymmetrie zu korrigieren.

K+P: Wird mit der Ablehnung der AP14-17 nicht die Belohnung und Förderung derjenigen Bauern und Bäuerinnen verhindert, denen Tierschutz, Ökologie und Artenvielfalt bereits heute wichtige Anliegen sind?

Rudi Berli: Ich sehe vielmehr die neue Agrarpolitik als eine Spaltungspolitik, die Gräben zwischen Tal und Berg sowie zwischen Klein und Gross öffnet – es gibt Gewinner, und es gibt Verlierer. Verlieren wird insbesondere die klein strukturierte Landwirtschaft. Es gibt keine Elemente in dieser Agrarpolitik, die darauf hinwirken, dass der Strukturwandel umgekehrt wird, dass das bäuerliche Einkommen aus der Produktion verbessert wird, dass die Importe nicht zunehmen werden, und dass die Intensivierung als Gegenteil zur Extensivierung nicht zunehmen wird. Wozu dienen denn die zusätzlichen 160 Millionen Finanzmittel? Für den Bau von neuen, grösseren Ställen. Ist das die nachhaltige Landwirtschaft, die wir wollen und die proklamiert wird? Da wird zwar schön geredet, aber ich sehe, dass der Einkommensdruck in der Landwirtschaft riesig ist: **Das durchschnittliche Einkommen in der Landwirtschaft ist 30% unter dem medianen Einkommen in der Schweiz. Das ist nicht nachhaltig, das gibt den Jungen keine Perspektive in der Landwirtschaft.** Was stimmt, ist, dass in der Biolandwirtschaft die Wertschöpfung etwas besser ist. Und es werden wahrscheinlich wieder mehr auf Bio umstellen. Aber damit sind die Probleme nicht gelöst.

K+P: Sind die Direktzahlungen denn überhaupt das richtige Instrument, um unsere Agrarpolitik zu lenken, oder müssen wir ausserhalb der Landwirtschaft, bei der ganzen Gesellschaft anfangen?

Martin Bossard: Es muss ein Zusammenspiel zwischen dem Markt und der politischen Steuerung geben, damit sich Produktion, Handel und Konsum im Gleichschritt entwickeln. Wenn der Staat mehr Ökologie und mehr Markt will, dann muss er vorsichtig vorgehen. **Die Biobauern stecken im Dilemma: Sie wollen zwar das «Bioland Schweiz», aber wenn zu schnell zu viele Bauern auf Bio umstellen, gibt es zu viel Biomilch oder zu viel Biogetreide, und die Preise gehen den Bach runter.** Deswegen gibt es auch Biobauern, welche die Verhältnisse so belassen wollen, wie sie sind.

Rudi Berli: Mir geht es nicht um Bio oder Nicht-Bio, sondern um Lebensmittel. **Nachhaltigkeit muss in der gesamten Lebensmittelproduktion ein Thema sein.** Das ist für mich das «Bioland Schweiz», und nicht die Bio-Nische im Hochpreissegment für den Export, wo der Mehrwert grösstenteils dann doch nicht bei den Bauern landet.

Martin Bossard: Wieso meinst denn du, Rudi, dass die bisherige Agrarpolitik deine Anliegen besser bedient?

Rudi Berli: Das habe ich nicht gesagt.

Martin Bossard: Aber mit dem Referendum sagst du doch Nein zur neuen Agrarpolitik, dann bleibt ja vorerst nur die alte. Oder du hast eine Vorstellung davon, wie die neue sein muss und bist ganz sicher, dass du die wirst durchsetzen können.

Rudi Berli: Wir wollen mit dem Referendum nicht zurück zur alten Agrarpolitik. Wir müssen jetzt mal Nein sagen und die Thematik vors Volk bringen. Und dann müssen wir natürlich eine andere Agrarpolitik definieren, die eine wirklich zukunftsträchtige Ernährungsproduktion in der Schweiz sichert. Und das geht über eine ökologische Intensivierung, über eine ressourcenschonende, nachhaltige Nahrungsproduktion.

Martin Bossard: Die Frage ist, schaffen wir

das? Ihr müsst für ein Nein die unterschiedlichsten Leute ins Boot holen, von den absoluten Impfgegnern über die Grünen, die SP, die SVP bis zur Economiesuisse. **Man wird möglichst viele Nein-Stimmen sammeln, egal, wofür dieses Nein steht.** Die Bürgerlichen werden sagen: Wir geben zuviel Geld für die Landwirtschaft aus. Wir produzieren zu wenig, deshalb weg mit der Ökologie, wir wollen mehr Markt und offene Grenzen! Schliesslich lehnen dann womöglich auch Pro Natura und die Grünen die neue Agrarpolitik ab, weil ihnen die Ökologisierung viel zu

wenig weit geht. Und aus dieser Kakophonie von Nein-Stimmen soll man dann eine andere, eine bessere Agrarpolitik definieren? Da stehen mir die Haare zu Berge! Mit dem Referendum geht ihr ein enormes politisches Risiko ein!

Rudi Berli: Das müssen wir, denn wir können nicht weitermachen wie bisher. In weniger als 40 Jahren haben wir sonst keine Bauernbetriebe mehr. Wann und wie soll denn diese Entwicklung mit dem Strukturwandel sonst ein Ende nehmen? ●

Eure Ansichten zur AP14-17

Teilt uns Eure Ansichten zur neuen Agrarpolitik mit: Welchen Aussagen stimmt Ihr zu, welchen wollt Ihr widersprechen? Was haben die zwei Experten völlig ausgeblendet oder vergessen? Wurden überhaupt die richtigen Fragen gestellt? Gerne nehmen wir Rückmeldungen von Euch entgegen. Es ist vorgesehen, ausgewählte LeserInnenbriefe oder Auszüge daraus in der nächsten Ausgabe von K+P abzudrucken. Die Texte sollten möglichst pointiert verfasst und kurz gehalten werden.

Chronisch müde?
www.bio-strath.ch

100% natürlich

Made in Switzerland

Alkoholgehalt: 32 % vol.

Strath
Rekonvaleszenz Tropfen

Kein Land in Sicht. Strukturwandel und Nichtverfügbarkeit von Höfen und Land

In der Schweiz hört man seit Jahrzehnten, es sei ein «Bauernsterben» im Gange. Tatsächlich machen vier Höfe täglich die Stalltür endgültig zu. Gleichzeitig finden viele JunglandwirtInnen und QuereinsteigerInnen keinen Hof. Wie ist das zu verstehen? Und was hat dieser sogenannte Strukturwandel in der Landwirtschaft mit Ernährungssouveränität zu tun?

Markus Schär. Unter dem Motto «Zugang zu Land» fand Mitte April im Rahmenprogramm zur Velokarawane für Ernährungssouveränität in Salavaux VD eine Veranstaltung statt. Sie wurde von hofsuchenden Landwirtschaftslehrlingen – vorwiegend waren es Frauen – der Landwirtschaftsschule Bio-Schwand und von der Sektion Uniterre Fribourg organisiert. Offenbar gibt es vermehrt Junge, für die die Landwirtschaft als Berufsfeld wieder interessant ist. Doch JunglandwirtInnen und QuereinsteigerInnen stossen beim Versuch, sich in der Landwirtschaft eine eigene Existenz aufzubauen, auf schier unüberwindbare Hürden. Ihr grösstes Problem: Es gibt kaum Höfe zu kaufen oder zu pachten – was offenbar damit zu tun hat, dass in der Landwirtschaft ein sogenannter Strukturwandel im Gang ist.

Wie in vielen Ländern sind auch in der Schweiz etliche Höfe durch die in die Landwirtschaft vordringende Wachstumsideologie bedroht – dies trotz Direktzahlungen. «Wachse oder Weiche» lautet die Devise, die von «mehr Markt»-Verfechtern als Naturgesetz dargestellt wird, und die im Kontext der neoliberalen Offensive für «Freihandel» gesehen werden muss.

Aber nicht nur die neoliberale Denkfabrik Avenir Suisse¹, auch grosse landwirtschaftliche Verbände wie der Schweizerische Bauernverband und die Schweizerischen Milchproduzenten fordern «mehr Flächenmobilität»².

Die auf «Produktion» ausgerichteten Betriebe sollen dadurch «wirtschaftlich und wettbewerbsfähig produzieren» können. Auch die Spitzen dieser bäuerlichen Verbände bekennen sich also zu einem Strukturwandel, allerdings zu einem «sozial verträglichen». Doch was heisst das, «Strukturwandel»? Und wer definiert, was «sozial verträglich» ist?



Nach der Ausbildung «kein Land in Sicht». Angehende BiolandwirtInnen diskutieren, wo die Probleme liegen.

Foto: Markus Schär

Der Strukturwandel...

Gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Statistik gab es 1985 in der Schweiz rund 97 400 Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche. 2011 waren es noch zirka 56 800. In dieser Zeit wurden also um die 40 600 Betriebe als wirtschaftliche Einheiten aufgegeben – dies entspricht einem Rückgang von 42%. Nicht nur Höfe von nebenberuflichen Bauern und Bäuerinnen gingen ein. Auch die Anzahl Betriebe von hauptberuflichen Landwirten verringerte sich in dieser Zeitperiode um 42%. In jüngster Zeit (2010/2011) nimmt die Zahl der Höfe jährlich um etwa 1450 ab. Jeden Tag wird auf vier Bauernhöfen zum letzten Mal die Melkmaschine eingeschaltet oder der Pflug an den Traktor montiert. Das ist die eine statistische Seite des Strukturwandels. Die andere schlägt sich im Grössenwachstum der verbleibenden Höfe nieder. So wuchs die Anzahl Betriebe mit einer Nutzfläche von 20 bis 30 ha zwischen 1985 und 2011 um 21%, die mit 30 bis 40 ha Nutzfläche um 117% und jene mit einer Nutzfläche von über 50 ha um 230%. **Strukturwandel heisst also, dass kleinere Höfe ohne**

familiäre Nachfolge in vielen Fällen nicht als wirtschaftliche Einheit an neue BewirtschafterInnen übergehen. Das Land wird per Pacht oder Verkauf an expandierende Betriebe abgetreten.

... und das bäuerliche Bodenrecht

Die rechtlichen Grundlagen für diese Art von «Flächenmobilität» befinden sich im Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht. Darin wird der Begriff des landwirtschaftlichen Gewerbes definiert, also das, was als «existenzfähiger Betrieb» gilt. Mindestens eine Standardarbeitskraft (SAK) soll der Arbeitsanfall für ein landwirtschaftliches Gewerbe umfassen.³ Höfe, die als landwirtschaftliche Gewerbe gelten, geniessen einen privilegierten Rechtsschutz. Werden sie innerhalb der Familie an die nächste Generation weitergegeben, erfolgt der Kauf zum Ertragswert. Der Ertragswert bemisst sich am Erlös, der mit dem Hof erwirtschaftet werden kann, und ist deutlich tiefer als sein Verkehrswert auf dem Liegenschaftsmarkt. Weiter gilt für landwirtschaftliche Gewerbe grundsätzlich ein Zerstückelungs- und ein Realteilungs-

¹ Zur Studie «Der befreite Bauer» von Avenir Suisse, siehe Hans Bieris Beitrag in K+P 6/06.

² Flächen an und für sich sind natürlich nicht mobil. Flächenmobilität steht hier für die Geschwindigkeit, mit der die landwirtschaftlichen Flächen ihre BewirtschafterInnen wechseln.

³ Das geltende Gesetz gibt den Kantonen allerdings die Möglichkeit, die Gewerbegrenze bis auf 0.75 SAK herabzusetzen.

verbot. Diese Regelungen dienen dem Zweck, den Bestand eines Bauernhofes über den Generationenwechsel hinaus zu sichern.

Der Strukturwandel vollzieht sich vor allem über die administrative Gewerbedefinition: Bei einem Hof, der unter die landwirtschaftliche Gewerbegrenze fällt, gelten das Ertragswertprivileg und das Realteilungsverbot *nicht* mehr. Das bedeutet: **Ist ein Bauernhof kein landwirtschaftliches Gewerbe mehr und kann er also nicht mehr zum günstigen Ertragswert übernommen werden, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass er beim Generationenwechsel aufgegeben wird. Wenn den Erben das Geld wichtiger ist als der Fortbestand des Bauernhofes, wird das Land dem Meistbietenden verkauft.** Das bringt deutlich mehr ein als den Ertragswert. Weiter ermöglicht das Gesetz den Strukturwandel mit einer Ausnahmeregelung: Die kantonalen Behörden können landwirtschaftliche Gewerbe vom Realteilungsverbot befreien, wenn niemand in der Verwandtschaft das Gewerbe zur Selbstbewirtschaftung übernehmen will.

Problematisch ist hierbei auch die technokratische Bestimmung der SAK-Faktoren, die für die Schätzung des effektiven Arbeitsanfalls auf den Höfen nicht geeignet ist. Sie orientieren sich am «technischen Fortschritt der letzten zehn Jahre»⁴. **KleinbäuerInnen haben oftmals nicht die neuste Agrartechnik und leisten mehr Handarbeit als ihre grossen BerufskollegInnen, die «Manpower» weitgehend durch «Oilpower» ersetzt haben.** Für die Kleinen stimmen die SAK-Faktoren entsprechend nicht. Zudem werden die sogenannten paralandwirtschaftlichen Tätigkeiten – Verarbeitung, Direktverkauf, Betreuung, Agrotourismus usw. – bei der SAK-Berechnung nicht berücksichtigt. Diese Tätigkeiten sind gerade auf kleinen, vielseitigen Höfen weit verbreitet und sowohl arbeits- als auch einkommensrelevant. Meistens sind es die Bäuerinnen, die sich darum kümmern.

Drei wachsen, einer verschwindet

Im Alltag könnte der Plot des Strukturwandels folgendermassen ablaufen: Erwin, Heinz und Alfred, die letzten «richtigen» Landwirte mit «existenzfähigen» Vollerwerbsbetrieben im Dorf, setzen auf flächenmässiges Wachstum und «Rationalisierung». Preisrückgänge für landwirtschaftliche Erzeugnisse versuchen sie



Ein Hof weniger: Die Landwirtschaft wurde aufgegeben, das Land verpachtet oder verkauft. Das Bauernhaus ist noch bewohnt.

Foto: Markus Schär

mit einer Produktionssteigerung via Flächenwachstum und durch Kosteneinsparungen zu kompensieren. Dies wird ihnen von Beratern und vom Bundesamt für Landwirtschaft nahegelegt. Erwin, Heinz und Alfred schielen schon länger auf das «frei» werdende Land des kurz vor der Rente stehenden Bauern Toni, der zusammen mit seiner Frau Therese einen 12-ha-Hof bewirtschaftet. Erwin, Heinz und Alfred waren in letzter Zeit besonders hilfsbereit zu Toni und Therese, die beide gesundheitlich angeschlagen sind. Man half beim Heuen und zeigte sich generös beim Verrechnen von Lohnarbeiten und Maschinenleihkosten. Nun, da das Rentenalter von Toni und Therese näher rückt und bekannt ist, dass weder der Sohn noch die zwei Töchter den Hof übernehmen wollen, geht es um die Wurst bzw. um das Land. Erwin, Heinz und Alfred kommen öfters auf einen Kaffee vorbei als auch schon. Nicht

selten bringen sie feines Gebäck aus den Küchen ihrer Bäuerinnen mit. Irgendwann kommt die Frage nach den Plänen mit dem Land zur Sprache. Da Toni und Therese nicht an die Zukunftsfähigkeit ihres Hofes glauben – «er ist zu klein» –, und sie weiterhin in ihrem Bauernhaus wohnen möchten, verpachten sie das Land an Erwin, Heinz und Alfred. Die Kinder von Toni und Therese werden dereinst entscheiden, ob sie das Land den Pächtern verkaufen wollen. Der Stall, der Heustock und die Scheune bleiben nach der letzten Melkzeit der Kühe, die versteigert wurden, bis auf Weiteres ungenutzt. Befindet sich der ehemalige Hof von Toni und Therese per Zufall in Zürichseerähe, steht vielleicht bald schon eine Segeljacht in der Remise.

Hohe Hürden für Hofsuchende und QuereinsteigerInnen

Der Strukturwandel über das Flächenwachstum der bestehenden Betriebe wirkt sich für Hofsuchende und QuereinsteigerInnen äusserst nachteilig aus: Auf dem Liegenschaftsmarkt gibt es kaum Höfe zu kaufen oder zu pachten. Die Nachfrage nach Höfen übersteigt das Angebot bei weitem. Alois Dähler, ein bekannter Vermittler von landwirtschaftlichen Liegenschaften, spricht von einem «völlig ausgetrockneten Markt».⁵ Eine weitere Hürde für die Hofsuchenden stellt der enorme Kapitalbedarf beim Kauf eines Bauernhofes über den Liegenschaftsmarkt dar. **Familienfremde LandwirtInnen können einen Hof nicht zum privilegierten Ertragswert erstehen, sondern**

Die Suche beginnt...

In der Zweitausbildnerklasse an der Bioschule Schwand stehen 20 junge landwirtschaftsbegeisterte Menschen kurz vor ihrem Lehrabschluss. Die Mehrheit von ihnen hat keine konkrete Möglichkeit als SelbstbewirtschafteterIn in die Landwirtschaft einzusteigen. Dies, weil kein Betrieb innerhalb der Familie vorhanden ist und das nötige Kapital für einen Hofkauf fehlt. Dass es für die Nachfolge auf den bestehenden Betrieben nicht genügend LehrabgängerInnen gibt, ist eine Tatsache. Zugleich suchen nicht wenige JunglandwirtInnen einen Hof zum Bewirtschaften. Der ausserfamiliären Hofübergabe muss deswegen unbedingt mehr Beachtung geschenkt werden – auch auf Gesetzesebene, wo bis anhin vor allem familiäre landwirtschaftliche Strukturen gefördert wurden. In Zukunft sind alternative Betriebsformen und Bewirtschaftungsmodelle gefordert, um QuereinsteigerInnen die Möglichkeit zu geben, an der Zukunft der Landwirtschaft mitzuarbeiten.

LandwirtschaftsschülerInnen der Bioschwand-Zweitausbildnerklasse 2012/13

⁴ Kommentar zur Strukturverbesserungsverordnung (SVV) des BLW, 2013. Das SAK-Modell wird allerdings gegenwärtig aufgrund eines Postulats von Nationalrat Leo Müller (CVP) überprüft und neu beurteilt.

⁵ Tagesanzeiger vom 20.10.2009.

müssen den massiv teureren Verkehrswert bezahlen. Für einen Hof im Kanton Aargau mit 20 ha Land, der einen Ertragswert von Fr. 300 000.– hat, gilt ein Verkehrswert von 1,5 Million Fr. als ortsüblich. Hinzu kommt, dass die Verkäufer meist eine beträchtliche Summe Schwarzgeld verlangen.

Unter den gegenwärtigen Marktbedingungen in der Landwirtschaft ist eine solche Investition für Hofsuchende kaum amortisierbar – die durchschnittlichen landwirtschaftlichen Einkommen sind trotz der Direktzahlungen tief (2011: Fr. 59 474.– pro Betrieb bzw. Fr. 43 507.– pro Familienarbeitskraft), die durchschnittliche Kapitalbildung ist nur aufgrund zusätzlicher ausserlandwirtschaftlicher Einkommen positiv (2011: Fr. 14 098.– pro Betrieb). Im Klartext heisst das: **Die Bewirtschaftung eines durchschnittlichen Hofes wirft nicht genug Erlös ab, um den Privatverbrauch der Familie abzudecken und den Hof zu unterhalten. Umso gravierender fällt diese Einkommenschwäche ins Gewicht, wenn JunglandwirtInnen einen Hof zum Verkehrswert kaufen und sich stark verschulden.** Zur rein finanziellen Problematik gesellt sich ein kulturelles Erschwernis: Das traditionelle Bauernmilieu ist kaum gewillt, NeueinsteigerInnen mit alternativen Bewirtschaftungsformen wie z. B. einer Bewirtschaftung als Gruppe eine Chance zu geben, wie Remo Wyss von der Kooperative Longo Maï schreibt.⁶

Ist Grösse der einzige Erfolgsfaktor?

Die Aufgabe von Höfen einerseits und der Konzentrationsprozess von Landwirtschaftsland andererseits finden nicht im luftleeren Raum statt. Sie werden durch ein Marktumfeld und eine Politik gefördert, die den Bauern «wachse oder weiche» diktieren (via Preispolitik und Produzentenpreise) und suggerieren (via Verheissungen der «Rationalisierung» und «Modernisierung»). Allerdings entspricht diese Ideologie bereits dem Selbstverständnis nicht weniger Bauern, die sich als «wachstums- und wettbewerbsorientiert» verstehen und «rationell produzieren» wollen.

Doch die Grösse ist nicht der einzige betriebswirtschaftliche Erfolgsfaktor eines Hofes. Gerade kleinere Höfe zeigen, dass auch **die «Diversifizierung der Aktivitäten das Erfolgsrezept für wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit» sein kann**, wie Valentina Hemmeler-Maïga von Uniterre schreibt.⁷ Le-



Strukturwandel als Wachstum und Rationalisierung. Hier ein grosser Neubau für Milchvieh.

Foto: Markus Schär

bensmittelverarbeitung und Direktvermarktung erhöhen die Wertschöpfung auf den Höfen, schaffen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, erweitern die kulinarische Vielfalt und bilden einen Brückenschlag zwischen BäuerInnen und KonsumentInnen. Mit einem vielfältigen hofeigenen Angebot, insbesondere aus tierfreundlicher und ökologischer Bewirtschaftung, entsprechen BäuerInnen dem Bedürfnis vieler KonsumentInnen nach regional hergestellten Lebensmitteln. Auch sind es vor allem kleine, vielfältige Höfe, die mit alternativen Bewirtschaftungsformen wie der Vertrags- und der solidarischen Landwirtschaft neue Wege beschreiten. **Sie schaffen Beispiele, die der zunehmenden Entfremdung in unserer Gesellschaft entgegenwirken, eine Öko-Intensivierung vorantreiben und die Erdölabhängigkeit der Lebensmittelerzeugung verringern können.** Schliesslich trägt eine Vielzahl von Höfen auch zu einer abwechslungsreichen Kulturlandschaft bei, die die Lebensqualität in der Schweiz massgeblich mitbestimmt. Es gibt also gute gesellschaftspolitische Gründe, um eine vielfältige und eher klein strukturierte Landwirtschaft zu unterstützen und die einseitige Ausrichtung der Agrarpolitik auf Flächenwachstum und Kosteneinsparung zu hinterfragen.

Perspektive Ernährungssouveränität

Die geschilderten Umstände machen klar: Soll dem Trend der vermeintlichen «Gesund-schrumpfung» der Landwirtschaft Einhalt geboten werden, müsste die Frage nach der Nichtverfügbarkeit von Höfen und Land neu aufgeworfen sowie der Zugang dazu erleichtert und gefördert werden. Nicht nur, damit

JunglandwirtInnen und QuereinsteigerInnen ihre Zukunftspläne verwirklichen können, sondern auch im Hinblick auf eine ernährungssouveräne Entwicklung der Gesellschaft. Ernährungssouveränität nach Via Campesina orientiert sich am Modell einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die auf nachhaltige Weise Lebensmittel für die lokale Bevölkerung erzeugt. Die lokalen und regionalen Selbstversorgungs- und Handelsstrukturen müssen stark genug sein, um den Menschen eine ausreichend eigenständige, demokratische Mitgestaltung des sie versorgenden Lebensmittel-sektors zu ermöglichen. Erzeugung, Verarbeitung, Handel und Konsum von Lebensmitteln sollen sich möglichst in kleinräumlichen Dimensionen abspielen, dürfen aber durchaus komplex vernetzt sein. **Nimmt man die Forderung nach Ernährungssouveränität ernst, folgt daraus, dass es eine Vielzahl von BäuerInnen und Höfen braucht.**

«Ernährungssouveränität» ist seit dem Welt-agrarbericht von 2008 in aller Munde. Dennoch ist unter den AgrarfunktionärInnen und -politikerInnen kein politischer Wille auszumachen, die Weichen bezüglich Zugang zu Land im Sinne der Ernährungssouveränität zu stellen. Dies, weil die treibenden Kräfte hinter der Agrarpolitik es anders sehen mit der Vielfalt der kleinen Höfe und mit der Ernährungssouveränität generell. Es bleibt zu hoffen, dass die engagierten JunglandwirtInnen der Bioschwand-Schule am Thema dran bleiben und etwas bewegen können. Denn nebst der Preis- und der Energiefrage handelt es sich beim Zugang zu Land und Höfen um eine der Schlüsselfragen zur langfristigen Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft. ●

⁶ In: Uniterre (Hrsg.) (2013): Für eine Ernährung mit Zukunft. Souveränität auf Acker und Teller. S. 51.

⁷ In: Uniterre (Hrsg.) (2013): Für eine Ernährung mit Zukunft. Souveränität auf Acker und Teller. S. 50.

Ernährungssouveränität: mehr als lokale Selbstversorgung

Der Ethiker und ehemalige Landwirt Thomas Gröbly erläutert, warum Ernährungssouveränität mehr als Ernährungssicherheit und lokale Selbstversorgung ist. Eine Gleichsetzung verkürze das von La Via Campesina entwickelte Konzept der Ernährungssouveränität und beraube es seiner «kritisch-explosiven Kraft».

Thomas Gröbly. Worte sind frei wie der Geist, und wer die grösste Definitionsmacht hat, kann die Bedeutung von Begriffen festlegen. So entstehen Missverständnisse, aber auch bewusste Manipulationen. Sprache und Begriffe dienen nicht mehr der Vermittlung und dem gegenseitigen Verstehen, sondern werden zu einem Instrument, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Wir alle kennen das Plastikwort «Nachhaltigkeit». Die nicht auf kurzfristige Gewinne ausgelegte Finanzanlage oder die Fernreise mit CO₂-Kompensation gelten heute als «nachhaltig». Es geht hier wohl eher um eine Verschleierung von Tatsachen und um die Beruhigung des Gewissens, als um den sinnvollen und reflektierten Gebrauch eines Begriffes und Konzeptes. Einige Zeitgenossen verzichten daher bewusst auf den Begriff «Nachhaltigkeit», obwohl er unbequem radikal wäre: Nicht mehr Bäume aus dem Wald holen, als nachwachsen.

Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität

Ähnlich ergeht es dem Begriff «Ernährungssouveränität». Wobei hier die Situation komplexer ist. Die seriöse Neue Zürcher Zeitung tat den Begriff vor ein paar Jahren nonchalant ab: Die lokale Selbstversorgung sei für die Schweiz bei einem Selbstversorgungsgrad von 50% unmöglich. Also müssen wir uns keine weiteren Gedanken zum Konzept machen. Der SVP-Präsident und Bauer Toni Brunner hält am Begriff fest und kritisierte kürzlich in einem Referat in Ebnat-Kappel die Agrarpolitik 2014-2017 als «eine Vorlage, die die Nahrungsmittelproduktion und damit die Ernährungssouveränität in unserem Land abbaut und stattdessen auf noch mehr Ökologie und Extensivierung setzt». In beiden Beispielen wird **die lokale Lebensmittelproduktion verkürzt mit Ernährungssouveränität gleichgesetzt. Das ist nicht ganz falsch, aber eben auch nicht ganz richtig.**

Wenn ich von «richtig» spreche, dann nehme ich Bezug auf das Konzept, das von La Via Campesina im Jahr 1996 als Antwort auf die WTO-Politik des globalen Agrarfreihandels entwickelt wurde: «Ernährungssouveränität bezeichnet das Recht der Bevölkerung, eines Landes oder einer Union, die Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik ohne Preis-Dumping gegenüber anderen Ländern selbst zu bestimmen. Das Konzept geht vom Vorrang der regionalen und nationalen Selbstversorgung aus. ProduzentInnen, VerarbeiterInnen und VerbraucherInnen verpflichten sich zu transparenter Deklaration und kostendeckenden Preisen, damit die BäuerInnen nachhaltig produzieren können.» Gemäss dem Konzept von La Via Campesina ist Ernährungssouveränität also weit mehr als die nationale Selbstversorgung. Warum ist vor allem die verkürzte Auslegung, also «Ernährungssouveränität» als Ernährungssicherheit, in aller Munde? Darüber kann ich nur spekulieren. Es könnte an einer mangelnden Auseinandersetzung mit der Herkunft des Konzepts liegen: Was geht mich ein Konzept an, das nicht aus den Machtzentren der

Welt kommt, sondern von einer bäuerlichen Organisation aus dem Süden? Es könnte auch sein, dass der Begriff sich bestens dafür anbietet, die eigenen nationalen Interessen mit einem globalen Solidaritätsanstrich zu versehen. Ebenfalls möglich ist, dass der Begriff an sich Verwirrung stiftet. Er ist für unsere Ohren irritierend und für unsere Zungen keine Wohltat. **Was heisst «Souveränität»? Das heisst doch, dass ich selber darüber bestimmen kann, was mich betrifft. In Bezug auf die Lebensmittel ist die Idee aber zu relativieren. Kein Mensch hat je eine Pflanze zum Wachsen gebracht.** Wir sind vom Boden, vom Wasser, von der Fruchtbarkeit und vom Wachstum abhängig. Es gibt also keine absolute Souveränität des Menschen. Unsere Freiheit und Selbstbestimmung ist an die Biologie, an die Kreisläufe von Werden und Vergehen gebunden.

Durch die Brille der eigenen Überzeugungen kann jemand zu einem ganz anderen Verständnis von Ernährungssouveränität kommen. Wer glaubt, dass Agrarfreihandel und internationaler Wettbewerb die BäuerInnen von ihren

«Für eine Ernährung mit Zukunft»

Die BäuerInnengewerkschaft Uniterre hat vor Kurzem eine sehr lesenswerte Broschüre zum Thema Ernährungssouveränität herausgegeben, um die Diskussion über unsere Ernährung neu zu lancieren. Darin wird das von der internationalen KleinbäuerInnenorganisation La Via Campesina entwickelte Konzept erläutert und mit praktischen Beispielen veranschaulicht.

Wie wird Ernährungssouveränität auf dem Bauernhof und in der Wertschöpfungskette umgesetzt? Welche Rolle spielt der Zugang zu Land hinsichtlich souveräner Ernährung? Und welche Rolle spielen dabei die KonsumentInnen und die Städte? Zu diesen Fragen haben PraktikerInnen und DenkerInnen aus den Bereichen Landwirtschaft, Konsum, Verarbeitung und Politik kurze und leicht lesbare Texte verfasst. Die mit zahlreichen Zeichnungen und Illustrationen sehr schön gestaltete Broschüre kann für Fr. 5.– unter info@uniterre.ch oder 021 601 74 67 bestellt werden.

Markus Schär

marktwirtschaftlichen Hemmschuhen «befreien» und sie zu effizienten «UnternehmerInnen» machen kann, wird das Konzept der Ernährungssouveränität entweder ablehnen oder grundlegend umdeuten, im Sinne von: Nur eine Industrialisierung von Landwirtschaft, Verarbeitung und Vermarktung kann angesichts der Knappheit an Boden, Düngern und Wasser eine effiziente Versorgung mit Nahrungsmitteln garantieren. Wer fest in diesem industriellen Denkgebäude verankert ist, kann mit dem «richtigen» Konzept der Ernährungssouveränität nichts anfangen, denn es bedeutet Sand im Getriebe.

Beteiligt statt abhängig sein

Ernährungssicherheit kann auch im Widerspruch zur Idee der Ernährungssouveränität stehen. **Ernährungssicherheit, so wichtig sie auch ist, nimmt kaum auf den sozialen und den ökologischen Kontext Rücksicht, sondern legt den Fokus vorwiegend auf eine ausreichende Produktion von sicheren Lebensmitteln. Wer über Boden, Wasser und Saatgut verfügt, ist dabei nebensächlich.**

Spätestens seit dem Weltagrarbericht 2008 ist dieser Ansatz als ungenügend taxiert worden. Ulrike Minkner, Co-Präsidentin von Uniterre, setzt die neue Broschüre «Für eine Ernährung mit Zukunft – Souveränität auf Acker und Teller» (siehe Kasten) bewusst in Bezug zum Weltagrarbericht, worin der Zusammenhang zwischen Armut und Hunger aufgezeigt werde: «[D]ie reine Kalorienmenge verliert dabei an Bedeutung. Eingefordert werden die ökologische Produktionsweise, der Zugang zu Boden, Wasser und Saatgut, die Förderung der Frauen sowie Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Das Recht auf Nahrung als Menschenrecht hat absoluten Vorrang. Als logische Konsequenz wird das Konzept der Ernährungssouveränität präsentiert.» Damit wird auch dem industriellen Verständnis von Landwirtschaft eine Absage erteilt, denn hier gilt die demokratische Mitbestimmung der BäuerInnen und der Essenden als ein Störelement. In seinem Beitrag zur Broschüre beklagt der ehemalige PDA-Nationalrat Josef Zisyadis den Graben, den die multinationale Nahrungsmittelindustrie zwischen den kleinen ProduzentInnen und den KonsumentInnen geschaffen hat. «Unser Widerstand muss sich in kurzen, regionalen Wertschöpfungsketten konkretisieren.»

Letztlich geht es beim Konzept der Ernährungssouveränität um die demokratische Mitbestimmung im gesamten Ernährungssystem. Die Abhängigkeiten von Systemen, die wir



«Wir haben es satt» – Demonstration gegen Massentierhaltung, Pestizide und den Preisdruck auf die Kleinbauern in Berlin, 19. Januar 2013. 25 000 Menschen gingen für gesundes Essen und eine gute Landwirtschaft auf die Strasse.

Foto: Jakob Huber/Ccompact auf Flickr

nicht mitgestalten können, soll verringert werden. Ernährungssouveränität stellt allerdings nicht alles zur Disposition. **Die nachhaltige Produktion, faire Preise für alle, das Dumping-Verbot und die transparente Deklaration sind die ernährungssouveränen Grundvoraussetzungen und setzen den Rahmen der demokratischen Mitbestimmung.**

Haben wir heute schon Ernährungssouveränität?

Die Schweizer Agrarallianz, ein Zusammenschluss von Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Konsumenten-, Tier- und Umweltschutz, steht grundsätzlich für das Konzept der Ernährungssouveränität ein und sieht es in der Schweiz als bereits weitgehend umgesetzt an. Die Agrarallianz erachtet daher eine Verfassungsänderung als unnötig: Die Schweizer Agrarpolitik werde bereits heute im Sinne des Konzeptes demokratisch ausgehandelt. Zudem sei die «Qualitätsstrategie» – das Bestehen auf einem liberalisierten Markt mittels qualitativer Abhebung von der Massenproduktion – eine gute Antwort auf den Agrarfreihandel, welcher auch als (Export-)Chance gesehen wird. **Der Begriff «Ernährungssouveränität» wird mittlerweile auch von allen politischen Parteien gebraucht, meist jedoch nicht im Sinne von La Via Campesina.** Das widerspiegelt sich im neuen Landwirtschaftsgesetz, in dem der Begriff Eingang gefunden

hat. Artikel 2 abs. 4 besagt: «Die Massnahmen des Bundes orientieren sich am Grundsatz der Ernährungssouveränität zur Berücksichtigung der Bedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten nach qualitativ hochwertigen, vielfältigen und nachhaltigen inländischen Produkten.»

Der grüne Nationalrat Balthasar Glättli nennt das einen «amputierten Begriff», bei welchem die «kritisch-explosive Kraft» gebannt wurde. Die Verkürzung auf das Inland haben alle bürgerlichen Parteien gegen den Einwand der Linken und der Grünen durchgesetzt. Das widerspricht dem Konzept von La Via Campesina, welches neben dem Vorrang der lokalen Produktion die globale Solidarität und Verantwortung vorsieht und weder Exportsubventionen, noch die Ausbeutung von in- und ausländischen LandarbeiterInnen zulässt. Auch der mächtige Schweizer Bauernverband SBV hat die internationale Solidarität gekippt. Das ist unverständlich, denn **heute sind wir für unser alltägliches Essen auf Importe angewiesen. Aber die Garantie, mit Geld immer genügend Lebensmittel auf dem Weltmarkt kaufen zu können, kann uns niemand geben.** Solidarische Netze zu knüpfen und demokratisch ein nachhaltiges Ernährungssystem aufzubauen, das weit über die Landwirtschaft hinausgeht, ist vernünftig und notwendig. Wer isst, ist für die Umsetzung dieser Ideen verantwortlich. ●

Die Strategie der krummen Gurken

Jede Gurke, die man essen kann, landet bei der Gartencoop in Freiburg im Breisgau in der Gemüsebox. Ob sie krumm ist oder gerade, gross oder klein, hellgrün oder dunkelgrün. Vielfalt ist Trumpf, und es soll nichts verschwendet werden, sondern alles, was gut ist, in den Kochtöpfen der Mitglieder landen.

Sonja Korpeter.¹ Die Gartencoop Freiburg ist eine Kooperative der Solidarischen Landwirtschaft. Sie besteht aus einem landwirtschaftlichen Betrieb und einem Verein mit aktuell 260 Mitgliedern, die den Gemüseanbau solidarisch finanzieren, tatkräftig anpacken und sich die Ernte teilen. In der Schweiz nennt man diese Form der gemeinschaftsgetragenen Landwirtschaft Vertragslandwirtschaft.

«Das können wir auch»

Im Sommer 2009 fuhren einige Freiburger in die Jardins de Cocagne (Schlaraffen-Gärten; ein regionales Vertragslandwirtschaftsprojekt) nach Genf. Schon seit einiger Zeit hatten die Teilnehmer dieser Exkursion die Idee, sich mit anderen zusammenzuschliessen und fern aller Marktlogik selber Gemüse anzubauen. Sie waren begeistert von dem, was sie in den Jardins de Cocagne sahen. Luciano Ibarra erinnert sich: «**Wir haben ein Projekt kennengelernt, dass schon seit 30 Jahren erfolgreich funktioniert und 420 Menschen mit Gemüse versorgt.** Ganz bereitwillig gaben uns die engagierten Genossenschaftler nicht nur Know-how mit auf den Weg, sondern auch Selbstvertrauen. Unser Gefühl war: «Das können wir bei uns auch schaffen!» Zurück zu Hause berichteten sie auf einer Versammlung Interessierten von ihren Erfahrungen. Viele der Anwesenden waren ebenfalls fasziniert und sagten ihre Unterstützung für ein solches Projekt gemeinsamen Gemüsebaus in Freiburg zu. Eine Kerngruppe von Engagierten bildete sich, und die mühsame Suche nach Land begann. Fündig wurde man schliesslich auf einem Hof 20 km südlich von Freiburg. Der dortige Gemüsebauer wollte sich zur Ruhe setzen und verpachtete der Gruppe knapp 9 ha Land. Dazu einen Lagerraum, eine kleine Scheune und ein Unterdach, das heute zum Packen des Gemüses dient.

Das erste Jahr

Im Februar 2011 war es dann soweit: Die erste Mitgliederversammlung fand statt, und die

Gartenkooperative startete mit 170 Mitgliedern. Fabian, ein mutiger Gärtner aus der Kerngruppe, gründete ein Einzelunternehmen und stellte drei GärtnerInnen ein. Zu viert teilten sie sich 200% Stellenanteile. Schon bald stellte sich heraus, dass die Arbeit kaum zu bewältigen war. Es galt, die Strukturen auf dem Hof aufzubauen, auf 2,3 ha Land 70 Sorten Gemüse anzubauen und es an die Mitglieder zu verteilen. Katrin, eine der Gärtnerinnen, die von Anfang an dabei war, erinnert sich an diese erste Zeit: «Wir haben viele, viele Überstunden gemacht. Und merkten bald, dass wir sogar zu viel Gemüse hatten. Die Mitglieder konnten ihre Gemüseboxen noch mit Nachbarn und Freunden teilen, so viel gab es.» Also entschied man, dass die Kooperative grösser werden sollte. Ende des ersten Jahres hatte der Verein schon 200 Mitglieder. Damit konnten Budget und Stellenumfang ausgeweitet werden. Heute, im dritten Jahr, beträgt das Budget 243 000 €, und fünf Leute arbeiten auf 400%-Stellenanteilen.



Luciano, Mitinitiator der Gartencoop Freiburg, vor einem der beiden Kleintrecker, die ihnen den Gemüsebau erleichtern.

Foto: Sonja Korpeter

Rechtliche Fragen

Nicht einfach war das Finden der passenden Rechtsform, denn **der deutsche Staat als Gesetzgeber hat Mühe zu verstehen, dass eine Gruppe von Leuten für die Landwirtschaft und nicht für die Produkte bezahlt.** Für die Gartenkooperative bestand die vorläufige Lösung darin, eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) mit vier GärtnerInnen als Gesellschaftern und einem Angestellten und den Verein «Gartencoop Freiburg e.V.» zu gründen. Die GbR ist zuständig für die Bewirtschaftung des Landes und die Einbeziehung der Vereinsmitglieder in die einfacheren Arbeiten auf dem Hof, wie Jäten und Ernten. Sie pachtet auch das Land und die Gebäude. Der Verein hat als Zweck die Erprobung von ökologischer, klimabewusster und sozialer Landwirtschaft sowie die Vermittlung von Kenntnissen darüber. Die Mitglieder geben dem Verein einen Direktkredit von 400 €, nehmen an der jährlichen Mitgliederversammlung teil, die den Haushalt beschliesst, zahlen einen Mitgliedsbeitrag, dessen Höhe sie selber wählen und beteiligen sich an mindestens fünf Mitgliedereinsätzen pro Jahr. Der Verein nimmt der GbR das Gemüse ab. Er ist ausserdem zuständig für die Finanzierung des Inventars, d. h. er ist Eigentümer von Maschinen und Geräten. Kathrin, eine der vier Gesellschafter der GbR, ist sehr zufrieden mit der Situation heute. «Jetzt läuft es gut, ein paar mehr Mitglieder noch und damit ein bisschen mehr finanziellen Spielraum, das wäre nicht schlecht. Aber insgesamt passt es prima, und wir fünf sind sehr froh über die Tatsache, nur 80% zu arbeiten. So bleibt genügend Zeit für Dinge ausserhalb der Erwerbsarbeit.»

Alle gemeinsam – für frisches, ökologisch angebautes Gemüse

Einmal wöchentlich wird frisches Gemüse vom Hof nach Freiburg transportiert. **Die Mitglieder der Gartenkooperative helfen regelmässig mit – beim Jäten, beim Ernten, beim**

¹ Die Autorin ist Soziologin und war fünf Jahre Geschäftsführerin des European Milk Board. Heute arbeitet sie als selbständige Agrarjournalistin und Beraterin in der Schweiz und in Süddeutschland. Gegenwärtig macht sie eine Ausbildung als Permakulturistin.

Packen der Gemüseboxen und natürlich beim gemeinsamen Feiern. Und deshalb wissen sie auch, wie Gurken wachsen, was ihnen gut tut, und dass jede anders aussieht, aber alle nichtsdestotrotz lecker schmecken. Lukas, Kathrin, Sarah, Fabian und Felix brauchen neben ihrem fachlichen Wissen im Bereich Gemüsebau auch eine Menge pädagogisches und organisatorisches Fingerspitzengefühl. Denn es ist nicht immer leicht, Leute von aussen in den professionellen Hofablauf zu integrieren. Lukas erklärt: «Wir machen eine genaue Planung für die Tage, an denen Mitglieder auf den Hof kommen. Es geht darum, die Arbeit sinnvoll aufzuteilen und ein Verständnis für die einzelnen Bereiche des Gemüsebaus zu vermitteln. Das gelingt nicht mit allen gleich gut. Und als Gärtner sind wir auch für die Sicherheit auf dem Hof verantwortlich. Manche Mitglieder haben gar kein Gefühl dafür, wie viel Platz ein Schlepper braucht, wenn er mit dem Hänger abbiegt. Das ist manchmal anstrengend, aber es ist auch toll, diesen Hof mit vielen politischen Leuten gemeinsam zu machen.»

Ein menschliches Experiment

Ich frage Lukas, warum er sich für die Gartencoop und nicht für den Aufbau eines eigenen landwirtschaftlichen Betriebes entschieden habe. Seine Antwort kommt prompt und engagiert: «**Guter Anbau braucht eine Community, die Vertrauen hat. Der freie Markt ist nicht attraktiv. Als Junglandwirt auf meinem eigenen Hof hätte ich vor allem mit der Bank, mit Geldgebern und Bürokraten zu tun. Ich würde viel arbeiten für wenig Geld, dann wachsen müssen, den Lohnunternehmer anstellen und in diesen ganzen Grössenwahnsinn hineingeraten. Das will ich nicht.**» Es sei schon auch ein krasses menschliches Experiment, sich mit so vielen unterschiedlichen Leuten zu koordinieren. Aber über das Modell der Kooperative werde der Hof vom marktwirtschaftlichen Druck entlastet. Es entstehe Freiraum, der für den guten ökologischen Anbau und die Weitergabe von Wissen an die Mitglieder verwendet werden könne. «Wir sind ein tolles, vielfältiges Team, wir haben viele verschiedene Fähigkeiten hier am Hof und insgesamt in der Gartenkooperative. Es gibt viele Möglichkeiten, Dinge auszuprobieren.»

Biodivers und klimaschonend

Vielfalt ist der Gartenkooperative wichtig. Es werden ausschliesslich samenfeste Sorten angebaut. Die Fruchtfolge ist ausgeklügelt und langfristig. Lukas erklärt mir, dass sie die Flä-



Grosses, gemeinschaftliches Rübli-Jäten von unstandardisierten Arbeitskräften. Foto: cine rebelde

chen in zwölf Teile unterteilt haben. Auf vier Flächen wächst aktuell Klee gras, auf zweien Getreide und auf sechsen Gemüse. Es gibt eine klare terminliche Abfolge, auch mit Doppelbelegungen. Im Tunnel gibt es eine Unterteilung in acht Flächen, was beispielsweise bedeutet, dass nur alle acht Jahre Tomaten auf derselben Fläche kultiviert werden. «Das wäre im normalen Anbau für den Markt nicht möglich. Paprika, Tomaten, Mais, Rucola und Basilikum wachsen bei uns in einem Tunnel. Im Winter gibt es Gründüngung und Zwischenbelegungen mit Wintersalaten, Spinat und Überwinterungskulturen. Auf die Beheizung der Tunnel wird komplett verzichtet, es sind so genannte Kalttunnel.» Der Erhalt alter Sorten und die Förderung der Bodenfruchtbarkeit über ein gutes Düngemanagement und geschlossene Hofkreisläufe sind für die Gartencoop wichtige Elemente einer ökologisch nachhaltigen Anbauweise. Auch bei Lagerung und Transport setzen die Freiburger auf Ökologie. Das Gemüse wird in einem Erdkeller, dem ehemaligen Kartoffelkeller des Hofes, gelagert, der ohne strombetriebene Kühlung auskommt. Mit einem Carsharing-Bus wird das Gemüse jeden Donnerstag zu einem Umschlagplatz in Freiburg gebracht. Dort wird es dann auf Fahrradanhänger umgeladen und per Muskelkraft an die einzelnen Depots transportiert, wo die Mitglieder es selber abholen. Zukünftig sollen diese Fahrradgespanne noch mit technischen Raffinessen wie einer Elektrounterstützung für die Räder und einer Auflaufbremse ausgestattet werden.

Solidarische Ökonomie

Hinter diesem Begriff verbergen sich gleich mehrere Besonderheiten der gemeinschaftstragenen Landwirtschaft. Im Mittelpunkt steht

eine gemeinsame Vereinbarung: **Der Hof versorgt die Mitglieder, und alle teilen sich die damit verbundene Verantwortung, das Risiko, die Kosten und die Ernte. Ernteauffälle werden gemeinsam geschultert und reiche Ernten ebenfalls miteinander geteilt.** «Für uns Gärtner bedeutet dies, dass wir bei einem Unwetter nicht in Schwierigkeiten geraten, sondern weiter unser Einkommen haben. Und es beinhaltet natürlich auch, dass bei einer sehr guten Ernte die Einnahmen nicht steigen», so Sarah. Bezahlt wird für die Landbewirtschaftung, nicht für die Produkte. Für die Mitglieder der Gartencoop war es von Anfang an klar, dass diese Bezahlung fair sein muss. Aktuell sind es 13 € pro Stunde Arbeitnehmerbrutto. Sarah berichtet, dass die Mitglieder des Vereins sogar gefunden hätten, die GärtnerInnen müssten mehr verdienen. Doch solidarisch bezieht sich auch auf die Mitglieder des Vereins. Jeder soll mitmachen können. Kathrin erklärt, wie es funktioniert: «Bei der jährlichen Mitgliederversammlung stellt die Koordinationsgruppe die zu erwartenden Kosten für das nächste Jahr vor. Und dann gibt es eine Bieterunde, bei der jedes Mitglied auf einen Zettel schreibt, welchen Mitgliedsbeitrag es leisten kann und möchte. Dann haben wir einen Gesamtüberblick, ob die Beiträge reichen werden. Und das Faszinierende ist: Es funktioniert ziemlich gut! **Manche geben viel mehr als den Richtwert, und so können andere, weniger Betuchte, einen geringeren Beitrag leisten.**» Dieses Jahr passte die Summe am Ende nicht ganz, und so wurde das Budget leicht nach unten korrigiert. Ausserdem entschied die Gartencoop, auf 290 Mitglieder zu wachsen und über Kulturveranstaltungen und Spenden weitere Einnahmen zu generieren. Luciano: «Es braucht einfach etwas Zeit bis

sich in allen Bereichen ein Gleichgewicht eingependelt hat.»

Oma kocht, Susanne packt, Peter erntet

Alle, die bei der Gartenkooperative mitmachen, bringen sich ein. Die eine mehr, der andere weniger, aber mindestens fünf halbe Tage im Jahr. Oma Maier bückt sich nicht mehr so gerne und mag deshalb nicht aufs Feld. Aber sie kocht wunderbar und gerne. Und so freuen sich die Mitglieder am Mittwoch, wenn sie fertig sind mit Ernten, dass sie sich an den gedeckten Tisch setzen und schmausen können. Susanne packt gerne die Kisten und kümmert sich auch mal um den Transport der Kisten mit dem Fahrrad zu den Depots. Peter dagegen liebt das Wühlen in der Erde und macht begeistert bei den Jät- und Ernteeinsätzen mit. So kann sich jedeR auf seine Art einbringen. Und die fünf GärtnerInnen geben ihr Wissen und ihre Erfahrung dazu, sodass die Mitglieder immer mehr dazulernen können. Caro ist vor einiger Zeit aus der Gartencoop wieder ausgestiegen. «Wir haben es mit Kind und Studium und Arbeiten einfach nicht mehr geschafft, uns ausreichend einzubringen. Und hatten ständig ein schlechtes Gewissen. Doch wir vermissen die Gemeinschaft und das gute Gemüse und werden dieses Jahr wieder dazukommen.» Die Gärtner und auch der Koordinationskreis der Kooperative wissen um solche Umstände. Doch sie finden, das brauche nicht zu sein. **«Die Gartencoop ist vielfältig und voller engagierter Menschen, da kann die Beteiligung einiger auch mal eine Weile geringer sein. Das können wir tragen. Lebensumstände ändern sich eben. Man muss nur darüber reden.»** Überhaupt sei es sehr wertvoll, dass alle Generationen in der Gartencoop vertreten seien. Was die Jüngeren an Dynamik, Kraft und punktuellen Einsatz einbringen, ergänzt sich wunderbar mit der Lebenserfahrung, der Ruhe und Entschleunigung, die die älteren Mitglieder mitbringen.

«Die finden uns lustig»

Ich frage nach, wie die Leute im Dorf über die Gartenkooperative denken. Sarah lacht und erklärt dann: «Der Kontakt läuft vor allem über den Bäcker. Dort sehen die Mütter uns am Vormittag mit unseren Matschhosen und fragen nach. Doch auch die Nachbarn zeigen Interesse und kommen zum Hoffest vorbei. Der Ortsrat hat uns letztes Jahr eingeladen, damit wir vorstellen können, was wir hier machen.» Und gibt es eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Bauern? Lukas antwortet: «Ja, wir hel-

fen uns mit Geräten und Maschinen aus. Und manchmal macht der eine oder andere für uns was im Ackerbau. Auch im Beregnungsverband trifft man sich. Wir haben ein solidarisches Verhältnis, doch wir sind die einzigen im Ort, die Biolandwirtschaft betreiben, das wirft auch Widersprüche auf. **Ich stelle mir immer die Frage, wie man die Bauern, die das Land und die Technik haben, animieren kann, anders zu wirtschaften, als sie es heute tun. Ich finde es so wichtig, immer zu hinterfragen, welche Konsequenzen hat mein Verhalten als Landwirt auf sozialer Ebene, für die Umwelt, für die gesamte Energiebilanz.** Es werden viele Subventionen bezahlt, nur um das aktuelle System am Laufen zu halten. Aber das kann ich den anderen Bauern ja nicht einfach so sagen.» Und wie sehen die Bauern die GärtnerInnen der Gartencoop? «Die finden uns lustig, wie wir die Möhren mit der Hand jäten. Aber sie sehen auch, was wir schaffen, und dass wir etwas aufbauen. Dass wir fleissig sind. Und das anerkennen sie.»

Ambitionierte Zukunftspläne

Ich frage, welche Pläne die Gartencoop für die kommende Zeit hat. «Der nächste Schritt sind der Zaunbau und das Herüberholen der Rinder vom Luzernhof. Sie sollen unsere Grünflächen beweiden und so helfen, den Düngkreislauf weiter zu schliessen.» Schon heute gibt es ein paar Hühner auf dem Hof, vor allem, um den Kompost zu bearbeiten. Doch ihre Eier erweitern auch die Speisevielfalt beim Mittagessen auf dem Hof. **Längerfristig wollen die Initiatoren auch das Land in kollektives Eigentum überführen, um es so aus dem Markt zu nehmen und für die ökologische Bewirtschaftung zu sichern.** «Wir denken hierbei an eine übergeordnete Struktur, die mit Hilfe vieler kleiner Anleger das Land kauft und es dann dauerhaft der Gartencoop zur Bewirtschaftung zur Verfügung stellt. In Frankreich und Belgien gibt es solche Strukturen bereits, und auch bei uns ist etwas Ähnliches im Aufbau.» Luciano ist optimistisch, dass die Themen Zugang zu Land und gemeinschaftsgetra-

gene Landwirtschaft insgesamt an Bedeutung gewinnen werden. Der Luzernhof, zwei Dörfer weiter, ist seit letztem Jahr ebenfalls zur solidarischen Landwirtschaft übergegangen. Hier werden Fleckviehkühe für Milch und Fleisch gehalten, drei Schweine, ein paar Hühner und Katzen. Ausserdem gibt es eine Käserei, eine Imkerei, und auf den 32 ha Land werden neben dem Futter für die Kühe auch Getreide und Gemüse angebaut. Die beiden Projekte haben gemeinsame Verteilpunkte, und Mitglieder der Gartencoop kaufen Milch- und Fleischprodukte beim Luzernhof ein. Ganz neu gibt es noch ein drittes Projekt mit solidarischem Gemüseanbau östlich von Freiburg: den Lebensgarten Dreisamtal. Hier sollen kultureller Aufbruch und Gemüseanbau miteinander verknüpft werden. Auf ihrer Internetseite schreibt diese Gruppe: «Gemeinsam wirtschaften, lernen, leben und feiern und jede Woche leckeres, regionales, biologisch-dynamisches Gemüse!» Die Strategie der krummen Gurken, das bedeutet für die Initiatoren der Gartencoop nicht nur, die komplette Ernte zu verwerten und miteinander zu teilen. Für sie gilt es, der Agrarindustrie, dem Klimawandel und der Wirtschaftskrise etwas Konkretes entgegenzusetzen. **«Für uns sind Lebensmittel keine Ware»**, bringt Luciano aus dem Koordinationskreis das Selbstverständnis der Gartenkooperative auf den Punkt. Anders als bei der industriellen Landwirtschaft, wo der Mais an der Börse zum Teil schon verkauft wurde, bevor er überhaupt gewachsen ist, geht es um eine ökologisch und sozial nachhaltige Landbewirtschaftung, die eine Gruppe von Menschen, die sich mit dem Hof verbunden fühlen, mit Lebensmitteln – also Mitteln zum Leben – versorgt. Der Warenmarkt bleibt gewissermassen aussen vor. «Es geht darum, Alternativen zu leben und andere damit in Verbindung zu bringen. Gemeinsam neue Wege zu gehen und dann alle wertvollen Erfahrungen an andere weiterzugeben, zu verwerten und (mit)zuteilen.» Die Gartencoop berät Initiativen und ist bestrebt, sichtbar zu werden, mit krummen Gurken und gangbaren Wegen in Gemeinschaft. ●

Der Film zum Projekt

Der Film «Die Strategie der krummen Gurken» zeigt Entstehung, Motivation, Praxis, Schwierigkeiten und Ausblicke der Gartencoop Freiburg. Er wurde am 31. Mai 2013 als Vorpremiere in Freiburg gezeigt. Später wird er auf www.cinerebelde.org und auf www.gartencoop.org frei zugänglich sein. Die Freiburger Gartencoop ist eines von inzwischen 34 Projekten Solidarischer Landwirtschaft in Deutschland.

Öko – Bauern – Ideologie

Wovon reden «Bios», Konservative und politische Extremisten gleichermaßen?

Viele Menschen im Biolandbau glauben an eine für den Landbau «gesetzgebende» Kraft der Natur. Doch welche Rolle spielen hier Öko-Ideologien mit einem quasi «naturgesetzlichen» Anspruch? Sie können menschlich schnell gefährlich werden. Dieser Beitrag beschreibt ideologische Bezüge und Schattenseiten von Bio-Weltbildern und wie damit bewusst umgegangen werden kann.

Nikola Patzel. «Mit Justus von Liebig ist vor 100 Jahren ein Retortendenken aufgekommen, welches heute alle Landbauweisen beherrscht und welches alles Lebendige glaubt vom chemischen Laboratorium aus regulieren zu können. ... Wir werden die Chemie zugunsten der Gesetze des Lebendigen entthronen müssen und sie zur Dienerin im Leben unseres Volkes machen.» Dieses Zitat vom 7. Juni 1941 stammt von Walther Darré, Hitlers Landwirtschaftsminister, und war an Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, gerichtet.¹ Fast wortgleich habe ich diese Aussage auch schon von einigen Biobauern gehört. Nazis und Biobauern sind nicht dasselbe, aber es gibt Leute in beiden Gruppen, die sehr ähnlich «ökologisch» reden und dabei teilweise auch das Gleiche meinen.

Gehen wir den Spuren nach:² Hitler war auf Darré aufgrund von dessen Blut- und Boden-Ideologie aufmerksam geworden. In der Folge durfte Darré die überdurchschnittlich erfolgreiche³ Bauernanwerbung der Nazipartei organisieren und nach der Machtergreifung Landwirtschaftsminister werden. Seine Ideologie hatte Darré weitgehend mit dem Schweizer Rechtskonservativen Ernst Laur gemeinsam, der rund 40 Jahre lang bis 1939 den Schweizer Bauernverband leitete und als ETH-Professor tätig war. Laur stellte 1935 fest, «dass zwischen den Richtlinien der schweizerischen Bauernpolitik und der Agrarpolitik des deutschen Nationalsozialismus eine weitgehende Ähnlichkeit und Übereinstimmung besteht.»

Laur hatte auch Mussolinis Ausspruch «ruralizziamo l'Italia» begrüsst. Ausgenommen von seiner Übereinstimmung mit den Nazis sei allerdings die «Rassenfrage».⁴ Auch zwischen dem Leiter der schweizerischen Bauern-Heimatbewegung, Hans Müller, und Walther Darré gab es Kontakte. «Natürlich ist der Hans Müller auch zum Darré gefahren», sagte mir ein alter Zeitzeuge des frühen Biolandbaus. Seit 1940 hat Darré in seinem Schriftverkehr konsequent die Formulierung «lebensgesetzliche Landbauweise» verwendet, auch für die biodynamische Wirtschaftsweise.

Der historische Blick zeigt, dass sich wichtige Grundannahmen und Gründerpersönlichkeiten des Biolandbaus durchaus auch in einem Dreieck zwischen Konservativismus, Biologismus und politischem Extremismus bewegten – auch wenn es ungerecht wäre, Gründungseltern des Biolandbaus nur mit Blick auf bestimmte ideologische Positionen einzuschätzen. Bezüge z. B. zum Nazismus waren wegen inhaltlicher Gemeinsamkeiten möglich, haben aber auch mit einem Phänomen zu tun, das der Ökologe Ludwig Trepl die «paradoxe[n] Verbindung von Konservativismus mit seinem Gegenteil», also dem Umstürzlerischen, nannte.⁵ Im Folgenden werden einige Grundlagen der Blut- und Boden-Ideologie der 1910er bis 1940er Jahre vorgestellt. Danach werden Öko-Weltbild-Elemente heutiger rechtsextrem eingestellter Menschen beschrieben. Aufgrund dieser Fakten möchte ich einige Fragen zur Diskussion stellen.

Die Bauernideologie Ernst Laurs

Ausgangspunkt von Laurs Argumentation ist ein Zerfall der Werte: «Das geistige und seelische Dasein scheint seine feste Grundlage vielfach verloren zu haben», schrieb er 1919 in seinem Buch über «Bauernpolitik» (S. 9). Um diese Werte zu erneuern, bedürfe es der praktischen Arbeit mit dem Boden: «Wir glauben und vertreten die Überzeugung, dass der bäuerliche Beruf mehr als jeder andere die Grundlage nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des geistigen Gedeihens des Volkes bildet» (S. 14). Somit liefere der Bauernstand «den anderen Volksschichten Nahrungsmittel und gesunde Menschen, neues Blut»; das bedeute: «... um so widerstandsfähiger bleibt die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung gegen die schlimmen Folgen der Loslösung vom Boden und der Verpflanzung in städtisch-industrielle Verhältnisse» (S. 15). Laurs Gesellschaftsideal war ein organismischer Aufbau aus «heiliger» Ehe, aus der Familie mit ihren «Familiengliedern», aus kleinen Gemeinden und ihren «Gemeindegliedern», aus dem Kanton und dem Bundesstaat. Aber ohne starke Bauern drohe die «Zersetzung» und «Degeneration» des Staates (S. 15, 18, 330). **Die Schweizer Bauern seien dagegen der beste Schutz des Staates vor «Wanderbevölkerung» und «internationalem Getriebe» sowie allgemein vor Intellektuellen, Kapitalisten und Sozialisten, deren Ideen «unterdrückt und ausgerottet» werden müssten** (S. 18f, 32f); denn es gelte: «Schweizerart ist

¹ Zitiert nach Gunter Vogt 2000: *Entstehung und Entwicklung des ökologischen Landbaus im deutschsprachigen Raum*. S. 137. Zu «lebensgesetzlich» S. 183.

² Für den historischen Teil dieser Darstellung greife ich auf Material des Kapitels «Boden als Ideologie-Baustein» meiner ETH-Diplomarbeit über Bodenfruchtbarkeit von 1997 zurück, ergänzt um neuere Literatur.

³ Gustavo Corni und Horst Gies 1994: «Blut und Boden»: *Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers*. S. 24f.

⁴ Ernst Laur (1935): *Die Agrarpolitik Deutschlands, verglichen mit der schweizerischen Bauernpolitik*. Schweiz. Landwirtschaftliche Monatshefte, Jg. XIII (12): 329–338.

⁵ Ludwig Trepl (2012): *Original und Fälschung*. S. 24–31 in: *Ökologie von Rechts*. Dezemberheft 2012 der Zeitschrift «politische ökologie». S. 27.

Bauernart».⁶ Die Stadtbevölkerung solle als moralische Stütze wenigstens Schrebergärten bekommen, aber «die Ausdehnung der Fruchtbarkeit des landwirtschaftlichen Kulturlandes» sei «die dankbarste und schönste Kolonialpolitik der Schweiz» (1919: S. 16, 154). Als dann in Deutschland die Nazis an die Macht gekommen waren, forderte Laur eine «neue Einheitsfront des Schweizervolkes». Diese solle den Grundsatz von «Blut und Boden», der in Deutschland nicht mehr diskutiert zu werden brauche, auch in der Schweiz «in schwerem Kampfe», aber auf dem «Boden der Demokratie» durchsetzen (1935: 337f).

Die Blut-und-Boden-Ideologie ist nicht allein auf Laurs eigenem Mist gewachsen, sie bereitete sich in vielen Aussagen des frühen 20. Jahrhunderts vor.⁷ Das bekannteste Beispiel aus der Entstehungszeit dieser Ideologie ist Arthur Spenglers Buch «Der Untergang des Abendlandes».⁸ Darin schrieb er: «Das Bauerntum gebar einst den Markt, die Landstadt, und nährte sie mit seinem besten Blute. Nun saugt die Riesenstadt das Land aus, unersättlich, immer neue Ströme von Menschen fordernd und verschlingend, bis sie inmitten einer kaum noch bevölkerten Wüste ermattet und stirbt» (S. 676).⁹ Ganz anders Spenglers Vorstellung vom Bauern, der «von Urzeiten her auf seiner Scholle sitzt», was ein «dauerndes und inniges Verbundensein von ewigem Land und ewigem Blute» bedeute. Spengler hielt Stadt- und Landmenschen für «verschiedene Wesen», die sich gegenseitig nicht verstehen könnten. Das liege auch am Gegensatz von Boden und Geld: «Der Boden ist etwas Wirkliches und Natürliches, das Geld etwas Abstraktes und Künstliches» (S. 662, 679, 671).

All das fand sich später auch beim Nazi-Minister Darré wieder, der aber zusätzlich auch über das Bürgerliche Gesetzbuch und die Demokratie schimpfte. Darré verband Zivilisationskritik mit Rassenideologie: **Kurz zusammengefasst stand «Boden» bei Darré für die Gesamtheit von Natur- und Umweltfaktoren, die im Laufe der Evolution die Entwicklung des «Blutes», das heisst der Menschen und Völker und ihrer inneren Überzeugungen, geprägt habe.** Und zwar nicht nur im Sinne flexibler Umweltpassung, sondern sozusagen als existenzielle Formung;



Titelbild der Zeitschrift «politische Ökologie», Dezember 2012, Schwerpunktheft «Ökologie von Rechts».

wobei die Germanen zum Beispiel in den besonders schwierigen Bedingungen nebliger Wälder zur überlegenen «Rasse» gemacht worden seien. Die bekannten Nazivorstellungen «reinrassiger» Menschenzucht, der «Ausmerzungen» des Fremden und so weiter schliessen an dieses biologistisch begründete Menschenbild an. Wie der Kommunismus und andere Ideologien hat auch der Nazismus seine eigene Geschichtstheorie. Deren «grosse Linien» und ihre Fortschreibung in die Zukunft sollten den Behauptungen und auch Verbrechen eine quasi «naturgesetzliche» Legitimation geben. **Denn «natürlich» stünden die «Naturgesetze» in ihrer Absolutheit höher als humanistische Ethik und demokratische Kultur.** Im Rahmen dieser ideologischen Gesinnung proklamierte Darré 1934: «Das Bauerntum ist eine Sache des Blutes geworden und nicht mehr eine Berufsbezeichnung, ist also eine Angelegenheit der weltanschaulichen Haltung zum Boden» (Corni & Gies 1994: 110).

Auch im heutigen Biolandbau können ideologische Geschichtstheorien entstehen und sich ausbreiten, mit denen ebenfalls ein totalitärer Anspruch legitimiert werden könnte. Ein Beispiel: Der Mensch habe 10 000 Jahre lang im Grunde Biolandbau betrieben. Dann habe eine

Bande von Kapitalisten mithilfe von Wissenschaftlern und Politikern die Macht an sich gerissen und ein perverses System der Ausbeutung errichtet. Erst wenn dieses zusammengebrochen oder eliminiert sei, könne die Menschheit zu Mutter Erde zurückkehren. So könnte man auch Hetzkampagnen bis hin zu körperlicher Gewalt zu begründen versuchen. Zum Beispiel gegen Forschungslabore oder ausländische Firmenbüros, auch gegen die eigenen demokratischen Institutionen und ihre z. B. als «dem Grosskapital und ausländischen Mächten hörig» titulierten Vertreter. Auch die Neigung zu *organismischen Vorstellungen* hatte Darré mit Laur gemeinsam: «Der Bauer leitet den Betrieb, er ist das Haupt, die anderen [Familienmitglieder] die Glieder; alle zusammen sind aber sichtbar gemeinsam tätig für den Betrieb. Alle empfinden den Betrieb daher auch als Ganzes, in das der Bauer als Teil, wenn auch als Haupt, eingegliedert ist. Bauer sein heisst daher Gefühl besitzen für das organische Zusammenspiel der Kräfte am Werk als Ganzes» (Darré 1933: 279). **Selbst von Ganzheitsvorstellungen, wie sie im Biolandbau lebendig sind, sind Übergänge zu potenziell gefährlichen Gedankengebilden (Ideologemen) möglich: Falls dem Einzelnen kein wirklich eigener Wert mehr beigemessen würde, weil nur noch der «Hoforganismus», das «Ökosystem» oder gar nur der «Volkskörper» zähle.**

Öko-Rechtsextremismus heute

«Im Wesentlichen gehen alle, egal aus welcher Fraktion des rechtsextremen Spektrums sie kommen, von einem ökologischen Modell des Seins aus», schrieb ein deutscher Rechtsextremismus-Ausstiegshelfer 2012.¹⁰ Ein Kern dieser Ideologie ist die Annahme, dass biologische «Naturgesetze» die unveränderliche und daher absolut massgebliche Grundlage menschlicher Naturbeziehung und auch menschlichen Soziallebens darstellten. **«Ohne eine ökologisch verantwortliche Politik ist jedes Volk in seinem Bestand bedroht», schrieb die deutsche Neonazipartei NPD 2003 in ihr Parteiprogramm.**¹¹ Z. B. Genmais aus den USA nehme den Deutschen «die Möglichkeit zur ernährungstechnischen Autarkie» und sei deshalb abzulehnen.

⁶ Ernst Laur / Schweizerischer Bauernverband (1939): *Der Schweizerbauer, seine Heimat und sein Werk*. S. 86. Dieses monumentale Buch zeigt auch, dass Laurs Werk differenziert beurteilt werden muss und sicher nicht auf die hier vorgebrachten seiner Ansichten reduziert werden darf.

⁷ Siehe Mathias Eidenbenz (1993): «Blut und Boden». ⁸ Ausgabe in einem Band von 1969 (Erstausgabe Bd. 1 1918, Bd. 2 1922).

⁹ Spenglers Äusserungen über die Stadt waren insgesamt vielschichtiger, er schrieb u. a. auch von der «Seele der Stadt» (661f, 667).

¹⁰ Bernd Wagner im Interview «Fleischesser wurden ganz klar nicht geduldet» über seine Erfahrungen im Programm «Exit». «politische ökologie», Dez. 2012: 86–90. S. 87.

¹¹ Toralf Staud 2012, Artikel «Gut getarnt auf Stimmenfang» in p.ö. Dez. 2012 (17–22): 20.

Weiter entdecken heutige Rechtsextreme auch frühere Bewegungen von gemeinsamer Landwirtschaft wieder, wie die der «Artamanen» der 1920er Jahre, wo junge Leute gegen Kost und Logis auf Höfen mithalfen und versuchten, neu Ähnliches aufzubauen. Diese «Artamanen», welche sich in den 1920ern als «theorieferne <Tatmenschen>» verstanden hatten, waren bald weitgehend im «Landdienst der Hitlerjugend» und dann in der Besiedlung konfiszierten Landes aufgegangen.¹² Trepl machte auf eine mögliche ideologische Analogie zu westlichem (Neo-)Kolonialismus aufmerksam (2012: 30): «Und auch jenes NS-Ideologem, das den Expansionismus begründete, nämlich dass diejenigen ein Recht auf das Land haben, die in der Lage sind, daraus etwas zu machen, ist ja bekanntlich ein Kernstück der US-amerikanischen nationalen Identität – wenn auch in radikal-liberalistischer Form.»

Eine Untersuchung über *Frauen* in heutigen rechtsextremen Familien zeigte deren Rollenvorstellung als «Fürsorgerin von Heim und Herd» und Gemüsegarten. Während der Mann rational und kämpferisch zu sein habe, sei es die Rolle der Frau, zu harmonisieren, schöpferisch und spirituell zu wirken. **«Die Natur soll nicht geistig durchdrungen, sondern erlebt und vor allem gefühlt werden. Sie gilt als gut und allmächtig, aber auch als wehrhafte Instanz, die zurückschlägt, wenn sie misshandelt wird.»** Daher müsse man sich an den quasi göttlichen Naturgesetzen orientieren, was dort im Kontext einer Art Neuheidentum geschieht.¹³

Der Verein Midgard im bayerischen Traunstein gibt eine Vierteljahreszeitschrift «Umwelt & Aktiv – das Magazin für gesamtheitliches Denken» heraus. Als aktuelle Pressemitteilung vom 11. Mai 2013 wird ein Aufruf «Bauernhöfe statt Tierfabriken» der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), des Bundes Naturschutz (BUND) und weiterer Organisationen wiedergegeben. Es wird gegen die Privatisierung von Wasser und für die Weisheit von Märchen geschrieben. Man findet dort Tipps zum Gärtnern, Aufrufe zum Tierschutz und die Redaktion äussert den Anspruch, auch «unbequeme Themen» zu behandeln. Artikel über Brauchtum und germanische Mythen sollen die kulturelle Seite des Heimatschutzes stärken. **Die Heimat müsse vor den «Global**



Ernst Laur, rund 40 Jahre führend in Schweizer Agronomie und «Bauernpolitik».

Quelle: ETH-Bibliothek Zürich

Player[n] geschützt werden, die sie «zu einem Spielball im internationalen Finanzhandel» machten. In der Ausgabe 3/2012 erschien als Titelgeschichte ein bebildertes «Exklusiv-Interview» mit der indischen Ökofeministin und Globalisierungskritikerin Vandana Shiva. Aufgrund seiner Nachforschungen zeigte Speit auf, wie massgebliche Redakteure von «Umwelt & Aktiv» mit der NPD verbunden sind,¹⁴ die auch unter <http://werbemittel.npd.de> für U&A wirbt (aufgerufen am 14. Mai 2013).

Bevor wir den *Umgang mit Ideologiegefahren* im Biolandbau diskutieren, erst eine sachliche Klärung: Auf Ansichten und Meinungen gibt es kein Copyright. Jeder kann für sein Weltbild Bausteine kombinieren, wie es ihm beliebt oder geschieht. Zur möglichst realistischen gegenseitigen Einschätzung sollte man also herauszufinden versuchen, ob zu einer Einzelsicht beim anderen auch ein Gesamtbild gehört und wie das aussieht. Das ist der berühmte «Kontext», innerhalb dessen sich oft erst erkennen lässt, was eine Einzelaussage wohl heissen soll.

Naturalistische Ideologie

Was ist eigentlich eine Ideologie? Man kann den Begriff unterschiedlich verstehen, ich sehe Ideologie hier als ein Gedankengebäude, weshalb für das menschliche Leben wesentliche Dinge aus «absolut sicheren» Gründen so oder so sein *sollen*. Und wenn diese Gründe Erkenntnisse oder Theorien aus der Natur sind,

kann man von einer *naturalistischen Ideologie* sprechen, die eine umfassende Rechtfertigung des jeweiligen Weltbilds und Handelns bietet. Das Bedürfnis dahinter ist verständlich, ein Beispiel: 1998 sollte ich als Assistent im Auftrag eines ETH-Professors die Frage beantworten: Kann man aus *Energie*-Verhältnissen in der Natur Normen für die energetische Gestaltung menschengemachter Systeme ableiten? Also las ich mich durch die halbe Zoologie und Ökologie. Über tausend Publikationen zu den Energieverbräuchen von Tieren, von der Ameise über die Maus zum Elefanten, pro Individuum und auch pro Kilogramm Lebendgewicht; dasselbe auch für Energieflüsse in verschiedenen Ökosystemen. Diese habe ich mit den Energieverbräuchen von Autos, Zügen, Dörfern und Städten verglichen. Und das einstweilige Ergebnis war: Wenn du eine feste Verhaltensnorm suchst – vergiss es! Das Spektrum ist sehr gross und jeder Einzelfall interessant. **Man kann Energiesparsamkeit wie auch Energieverschwendung mit der Natur begründen, genauso wie man mit ihr Gewalt und Sozialdarwinismus oder Nächstenliebe und Kooperation begründen kann.** Plumper normativer Naturalismus ist sehr fragwürdig! Will man sich mithilfe der Natur orientieren, muss man anders vorgehen. Über individuelle Lösungen für bestimmte Momente hinaus werden dann wohl eher verschiedene Muster wichtig sein, auf die man sich ethisch beziehen kann, und weniger normative «Gesetze».

Wie mit der Ideologiefrage im Biolandbau umgehen?

Um eine echte oder vermeintliche ideologische Nähe mit politischen Extremisten zu umgehen, ja auch schon um einem möglichen Verdacht oder Vorwurf aus dem Weg zu gehen, ist es möglich, alle problematischen Begriffe und Metaphern des älteren Biolandbaus komplett zu *vermeiden*. Diese Möglichkeit wurde von der ökologischen Bewegung seit etwa den 1970er Jahren mehrheitlich gewählt. Sie hat den Ökolandbau wie auch den Naturschutz weitgehend in einen neuen, überwiegend naturwissenschaftlichen Begründungszusammenhang gestellt. Dieser Ansatz kann aber auch neue Probleme bringen, nicht nur wegen dessen eigenen ideologischen Prämissen.¹⁵ Zwei Beispiele: Als der Bundesfachausschuss

¹² Stefan Brauckmann 2012, Artikel «Nach dem Vorbild der Artamanen», in p.ö. Dez. 2012 (52–58): 53f.

¹³ Anna Schmidt 2012, Artikel «Auf die sanfte Tour», in p.ö. Dez. 2012 (72–77): 74

¹⁴ Andreas Speit 2012, Artikel «Umweltschutz ist nicht grün» in p.ö. Dez. 2012 (65–71): 69. Siehe auch Südd. Zeitung vom 13. April 2012, <http://sz.de/1.1332321>.

¹⁵ Zu ideologischen Gehalten eines naturwissenschaftlich orientierten Weltbildes siehe auch die Beispiele in meinen Artikel «Kulturkampf um den Landbau der Schweiz» in K+P 1/2013.

Grundlagen des Bioland-Verbands sich 2010 auf dem Möschißberg mit Bioforum-Schweiz-Vertretern traf und auch Leute vom österreicherischen Biolandbau-Verein «Förderungsgemeinschaft für Gesundes Bauertum» ange-reist waren, wurden Gegensätze in Wortwahl und Weltbild sehr deutlich. Die meisten Leute von Bioland reagierten «allergisch» auf Aus-sagen und Redeweisen u. a. von Helga Wagner aus Österreich und Markus Lanfranchi aus der Schweiz. Sie erkannten darin eben jene ideolo-gisch rechtslastigen Sichtweisen wieder, die der Ökolandbau eigentlich überwunden habe. Es kam zu Debatten mit sehr wenig gegenseitigem Verständnis, obwohl meines Wissens keine ein-deutig rechts- oder linksradikalen Personen an-wesend waren. – Selber hatte ich mit der Bio Suisse eine Debatte anlässlich einer von ver-schiedenen Partnern gemeinsam erstellten Bro-schüre zu Grundlagen der Bodenfruchtbarkeit. Es ging darum, ob gefühlbetonte Formulierun-gen mit religiösem Anklang, ob Zitate von Gründungseltern des Biolandbaus heute noch als Teil der Biolandbau-Motivation kommuni-ziert werden sollten oder besser nicht, weil sie abschreckend ideologieladen wirken könn-ten. Hier haben wir eine Lösung gefunden, diese Aussagen sehr sorgfältig formuliert oder eingebettet weiterzutragen.

Politologen haben einen speziell geschulten Blick auf die von ihnen so genannte «Ökologie von Rechts». Ihre Analysen zielen vor allem darauf, **Strategien extremer Gruppierungen aufzudecken, die mithilfe (scheinbarer) Ge-meinsamkeiten und mehrdeutiger «Konsens»-Argumente hoffähig werden und ihre An-sichten in akzeptierte Foren einbringen wol-len**. Solche Analysen zeigen auf, wie man von unverfänglichen Meinungen in verfängliche Argumentationsfallen geraten kann. Als Stel-lungnahme und Handhabe, um Extremisten nicht bei sich dulden zu müssen, hat der Bio-land-Verband 2012 eine abgrenzende Formu-lierung in den Zweckartikel seiner Verbands-satzung aufgenommen. – Wertvoll ist auch, bei unbekanntem interessanten Gesprächspartnern zu recherchieren, was diese Person sonst noch macht. Als jemand am Bioforum Schweiz fürs Möschißberggespräch 2013 einen «total faszi-nierenden Mann» als Referenten vorschlug, den er jüngst kennengelernt habe, konnten an-dere per Internetrecherche zu dessen Aussagen und Kooperationen feststellen, dass die Ein-ladung ein grosser Fehler gewesen wäre. Von Leuten im Biolandbau höre ich öfters die Meinung, **Viel-falt sei der sicherste Schutz**



Minister Darré 1937 auf einer Kundgebung des «Reichsnährstandes».

Quelle: Deutsches Bundesarchiv/Wikipedia

vor jeglicher echten Gefahr – gegen Ideo-logien genauso wie gegen potenziell gefähr-liche Pilze oder Tiere. In dieser Sicherheit sagte einer der alten wichtigen Pioniere des Schweizer Biolandbaus 2008: «Der Bioland-bau ist vielfältig und bunt, meinerwegen auch ein bisschen braun.» Sicher ist Meinungsviel-falt und ihre Achtung ein Wesenszug demo-kratistischer Kultur und trägt zu ihrer Stabilität bei. Jedoch wenn Selbstsicherheit zu naiver Ge-lassenheit führen würde, könnte mangelnde Abgrenzung schädlicher und gefährlicher wer-den, als man erwartet.

Psychologisch gesehen geht es beim Umgang mit Ideologie-Risiken nicht nur darum, wie mit den (jeweils) anderen umzugehen sei, sondern auch, wie mit sich selbst als Einzelnem, eigen-ten Antrieben und Überzeugungen. Denn **ge-fährliche Ideologien erscheinen nicht nur politisch rechts, links oder inmitten unauf-fälliger Anpasstheit; sie können genauso gut von «innen» kommen, also aus den Kräften und Strukturen des psychischen Innenlebens, die jeder Einzelne in sich trägt**. Peinliche Schattenseiten oder Gefahren nur beim jeweils anderen zu sehen, ist somit keine menschlich und kulturell weiterführende «Lösung». Daher wäre es auch in der Schweiz wohl zu naiv, die Gefahren z. B. auf ein Prob-lem nur der Deutschen mit ihrem Nazi-Kom-plex zu reduzieren. Wenn es alle angeht, dann können u. a. die folgenden Fragen die Selbst-wahrnehmung und Reflexion fördern, mit Blick auf Risikofaktoren ideologischer Ein-stellungen.

1. Wo halten wir bestimmte «Lebensgesetze» (oder «Gottesgesetze») für selbstverständ-liche Tatsachen, an die sich jeder Landbau halten müsse, der überleben will?
2. Wo nehmen wir an, dass auch das mens-chliche Handeln sich ganz aus ökologischen «Naturgesetzen» ergeben müsse, die allem anderen übergeordnet seien?

3. Wo neigen wir einer klaren und einfachen Geschichtstheorie zu, in der die Rollen von Gut und Böse und die eigene (gute) Aufga-be für die Zukunft eindeutig definiert sind?
4. Wo neigen wir dazu, Politiker und Ver-bandsvertreter für eigennützig oder sogar korrupt zu halten, sodass pauschale Urteile überzeugen, am besten «verschwinde die ganze Führungsschicht, die uns in Unglück führt»?
5. Wo sind wir von «starken Tatmenschen» fasziniert, die auf den Zusammenbruch des Bisherigen und einen Umsturz hinarbeiten oder -sehnen, auf dass die Welt danach wie-der gut und gerecht werde?
6. Wo wünschen wir uns einen «starken Staat» oder «Superstaat», der aus übergeordneten Gründen ohne Rücksicht auf demokratische Verhältnisse entscheidet?

Beim Blick auf diese (sicher nicht abschlies-senden) Fragen ist wichtig zu sehen, dass es nicht nur um die *bewusste* Einstellung ihnen gegenüber geht. Dann kann man es wenigstens kritisch reflektieren. **Noch schwieriger sind oft die halb- oder unbewussten Faszinationen.** Wenn ich zum Beispiel glaube, völlig un-ideologisch nach gesundem Menschenverstand zu handeln, aber sehr eng überzeugungsgetrie-ben handle. Oder wenn ich so sicher bin, z. B. als «Linker» oder als «Pragmatiker» auf der richtigen Seite zu stehen, dass ich gar nicht merke, was mir auch noch geschieht und was ich vielleicht «im Schatten» damit anrichte. *Das merkt man meist erst durch die Reaktio-nen der Mitmenschen oder durch eigene Be-wusstwerdungstendenzen aus dem Unbewusst-ten heraus, weswegen dies beides so ernstzu-nehmen ist.* Dann kann die Auseinandersetzung mit ideologischen Gefahren auch sinnvoll zur Persönlichkeits- und Gemeinschaftsentwick-lung beitragen!

Zusammengefasst: Die Beispiele von Ähn-lichkeiten zwischen konservativen, Bio- und Nazi-Ideologiebestandteilen zeigen, dass man auch im Biolandbau auf diese Ideologeme und ihren jeweiligen Kontext aufpassen muss. Be-sonders riskant sind einfache Geschichtstheo-rien und naturalistische Begründungen, aus denen man sein Handeln ableitet. Vermeidungs-strategien und politische Sensibilisierung können nützlich sein. Sehr wichtig im Umgang mit Ideologie-Gefahren ist auch das Bewusst-sein, dass sie nicht nur von irgendwo aussen, sondern auch von innen her kommen können, was der sorgfältigen Beachtung bedarf. ●

Nischen für den sinnvollen Einsatz von Arbeitspferden

In K+P 1/13 vertrat Jakob Frei die Meinung, die Nutzung von Arbeitspferden sei nur wenigen Ausnahmekönnern, Therapieanbietern und Hobbyanwendern vorbehalten und kein Lösungsansatz für das Problem der Erdölabhängigkeit unserer Landwirtschaft. Ernst Rytz¹ von der Interessengemeinschaft Arbeitspferde sieht aber durchaus Potenziale für Arbeitspferde in der Landwirtschaft.

Monika Rytz.² Jakob Frei, Verfasser des Artikels «Lill's Pflug», war Gründungspräsident der IG Arbeitspferde. Die IG Arbeitspferde gibt es auch heute noch: Sie ist inzwischen 21 Jahre alt geworden. Und einige der damaligen Initianten sind auch heute noch dabei. Deren Wissen ist für uns unverzichtbar, denn wir sind uns bewusst, dass wir heute die erste Generation sind, die nicht mehr mit dem Arbeitspferd aufgewachsen ist.

Heute sind sich viele Mitglieder der IG Arbeitspferde darin einig, dass sich das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen lässt. Ein inzwischen gewachsener, durchschnittlicher Betrieb wird unter den heutigen wirtschaftlichen Bedingungen mit dem Traktor bewirtschaftet. Aber **wenn man das Eine tut, heisst das ja nicht, dass man das Andere lassen muss.** Es gibt neben den typischen, schweren Traktorarbeiten wie dem Pflügen und Eggen auch Nischen, in denen ein Pferd sehr effizient eingesetzt werden kann und somit auch Sinn macht.

Das Arbeitspferd als Last- und Zugtier auf dem Biohof der Stiftung Olsberg

Auf unserem Betrieb gehen wir mit unserer Freibergerstute **zäunen**. Besonders in den steilen Weiden, aber auch in flacherem Gelände, zu Zeiten, in denen das Befahren im Frühjahr noch nicht oder im Herbst nicht mehr möglich ist, erleichtert uns das Pferd die Zaunarbeit erheblich: Auf einem Militärpacksattel werden selbst gebaute Blechkisten befestigt, in die das Zaunmaterial geladen wird: Zaunpfähle, Schlegel, Isolatoren und Akkuschauber. Mit dem Pferd am Halfter wird das Zaunmaterial verteilt. Das Pferd bleibt beim Einschlagen der Pfosten problemlos stehen und holt sich seine Zwischenverpflegung aus der Wiese. Auch das Abräumen der Weiden vor dem Winter geht mit dem Pferd bei fast jedem Wetter und



Gras mähen mit dem Zweispänner. Das Pferd gibt den Takt bzw. die Arbeitsgeschwindigkeit an.

Foto: Monika Rytz

erst noch ohne Landschaften: Die Pfähle der abgeweideten Wiesen werden mit dem Packpferd eingesammelt. Sind die Packkisten voll, wird das Material am Wegrand deponiert, wo man es später bequem auf das Einspanner-«Milchwägel» aufladen und heim transportieren kann.

Unser Betrieb wird leider stark vom Schwarzwild heimgesucht, das massive Schäden in allen Kulturen verursacht. Bei lückigen Beständen durch Wildschweinschäden machen wir **Nachsaaten/Übersaaten** im Getreide mit dem Pferd. Die Schubradsämaschine der Marke Aebi hat eine Säbreite von 1,5 m und wird einspännig gefahren. Da sie keinen Vorderwagen hat, ist man sehr wendig und kann kreuz und quer, immer den Schwarzwildlöchern nach, über den Acker laufen und bei Bedarf die

Säscharen senken. Der bereits vorhandene Pflanzenbestand wird geschont,³ und man hat keine Schäden durch Traktorspuren beim Wenden. Selbstverständlich ist der Einsatz der Sämaschine auch in Wiesen oder bei Schneckenfrass in Raps und anderen Kulturen möglich. Eine weitere von uns praktizierte Arbeit mit Pferden ist das **Holzrücken**. Das Pferd ist in der Durchforstung mindestens so schnell wie ein Traktor, aber wesentlich boden- und waldschonender. Besonders bei ungünstigen Witterungsverhältnissen wie im vergangenen Winter, wo die Arbeit im Wald mit schwerem Gerät tiefe Fahrinnen und irreparable Schäden im Waldboden hinterlässt, ist das Pferd nicht nur aus den genannten Gründen sinnvoll, sondern auch effizient einsetzbar. Zudem profitiert der Holzer bei der Arbeit von der Ruhe dank

¹ Ernst Rytz ist Biobauer und Präsident der IG Arbeitspferde. Zusammen mit seiner Frau Monika bewirtschaftet er in Olsberg AG einen gepachteten Biohof mit 33 ha Land (siehe <http://www.biobetrieb-stiftolsberg.ch>). Auf dem Hof werden u. a. drei Pferde gehalten, wovon zwei als Arbeitspferde verwendet werden.

² Monika Rytz ist gelernte Gärtnermeisterin, Biobäuerin und im Vorstand von Bio Suisse tätig. Sie hat den vorliegenden Text im Namen ihres Ehemanns Ernst Rytz verfasst.

³ Mit der 3 m breiten Säkombination, mit der wir normalerweise säen, würde der bereits vorhandene Pflanzenbestand wieder ausgeeggt.

inexistentem Motorenlärm. Auch das lästige Auf- und Absteigen beim Traktor entfällt.

Im Herbst, wenn die Ökoflächen abgeweidet werden, hilft uns das Pferd beim **Viehtreiben** und erspart uns kilometerlanges Zäunen entlang der Treibwege von Weide zu Weide. Auch haben die heimischen Freiberger durchaus «Cow sense»⁴ und können, wenn sie gut geritten sind, sehr gut Vieh treiben. Die Kuh hat vor einem Pferd zwar Respekt, bleibt beim Treiben zu Pferd aber ruhiger als beim Treiben zu Fuss.

Mehr Synergien, weniger Sprit

Die IG Arbeitspferde hat sich zum Ziel gesetzt, derartige Nischen für die effiziente Nutzung des Pferdes als Arbeitstier weiterzuentwickeln. Zukünftig suchen wir Arbeitseinsatzmöglichkeiten für das Pferd, die sich punkto Effizienz nur unwesentlich von der des Traktors unterscheiden (z. B. Gras mähen, Reihenkulturen hacken, Steine auflesen, Kleintransporte usw.). Bedingung für den Einsatz von Pferden als Arbeitstiere ist die Freude am Pferd. Auf vielen Betrieben sind auch heute noch oder wieder Pferde zur Freizeitbeschäftigung vorhanden. Hier lassen sich Synergien nutzen: Das Pferd wird durch den Arbeitseinsatz mehr beschäftigt, man verbringt mehr Zeit mit ihm und wird bei der Arbeit entlastet.

Mit derartigen Arbeitseinsätzen sehen wir für das Pferd auch heute noch effiziente Verwendungsmöglichkeiten auf einem Landwirtschaftsbetrieb. **Für uns ist das Pferd eine sinnvolle Ergänzung zum Traktor** und in jedem Fall besser als ein Sprit fressender Quad (vierrädiges Geländefahrzeug). Wo sonst ist der Kreislauf besser geschlossen als beim sich selbst vermehrenden «Ökorohstoff» Pferd? **Wir hoffen, mit dem Arbeitspferd auf unserem Betrieb in den nächsten Jahren ein Viertel unseres Dieselverbrauchs einsparen zu können.**

Wer daran interessiert ist, sein Pferd für landwirtschaftliche Arbeiten einzusetzen, aber nur wenig oder keine Erfahrung hat, dem sei geraten, sich zuerst sachkundigen Rat und Unterstützung zu holen, damit die Freude am Arbeiten mit Pferden nicht durch vermeidbare und folgenschwere Unfälle getrübt wird. Die IG Arbeitspferde bietet dazu Kontakte, Kurse und Coaching an.⁵

⁴ «Cow sense» zu haben bedeutet, dass jemand Kühe versteht und ein Gefühl für den Umgang mit ihnen hat.

⁵ Siehe www.igarbeitspferde.ch

Nachruf auf Jakob Ackermann

«Ich glaube, dass die Liebe, die aus dem Herzen kommt, mindestens so wichtig ist wie eine ausgeklügelte materielle Versorgung. Sie ist eine Kraft, eine Energie, die wie die Sonne ausstrahlt und von Menschen, Tieren, Pflanzen und der Erde aufgenommen und weitergegeben wird und zur seelischen und körperlichen Gesundheit beiträgt.»

Am 13. April 2013 ist Jakob Ackermann, geb. 1928, seinen Angehörigen durch einen tragischen Arbeitsunfall entrissen worden.

Die oben zitierten Sätze stammen aus einem denkwürdigen Vortrag, den Jakob im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Bioforums Schweiz gehalten hat und der in der Nummer 1/89 von «Kultur und Politik» abgedruckt worden ist. Für viele von uns sind diese Gedanken wegweisend geworden, auch wenn wir sie nicht alle in dieser Intensität leben können, wie Jakob das tat.

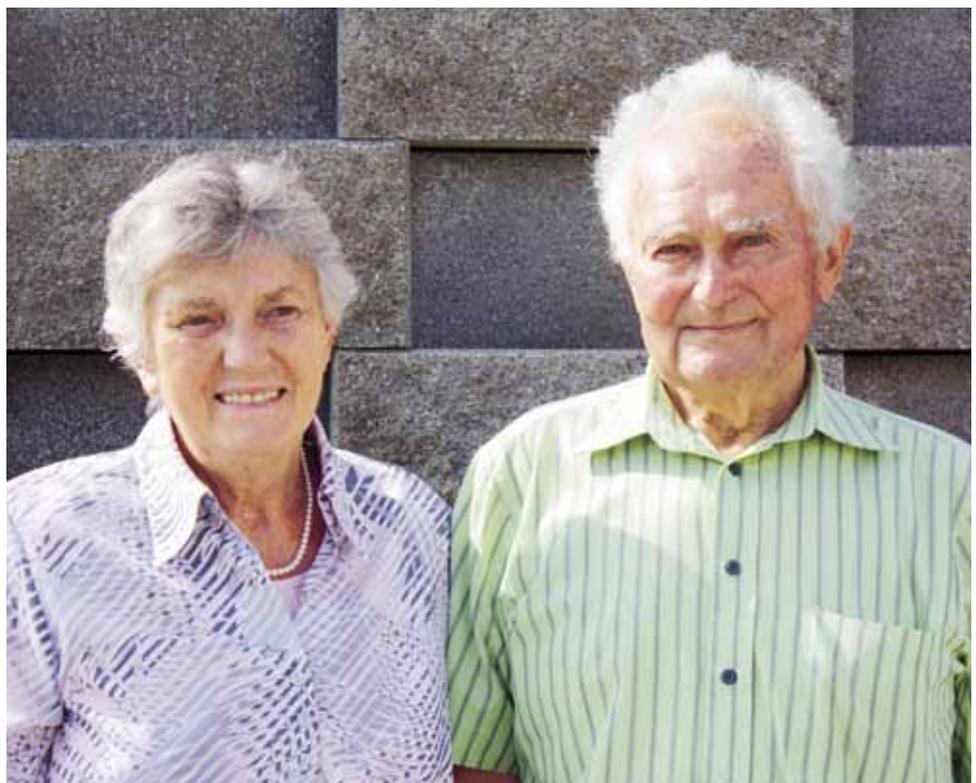
Ich denke besonders gerne zurück an eine vor nicht allzu langer Zeit auf dem Hof Haslen erhaltene Lehrstunde, als ich den Auftrag für einen Bericht über diesen Hof gefasst hatte (siehe K+P 4/09). Und ich denke zurück an viele

andere Begegnungen auf dem Möschberg, bei denen ich und alle, die jeweils dabei waren, etwas von der Tiefe, aus der Jakob schöpfte, mitnehmen durften in unseren eigenen Alltag.

Es sind wohl wenige, die den biologischen Landbau so ganzheitlich verstanden haben und die Erkenntnisse der Pioniere so konsequent in die Praxis umgesetzt haben wie Jakob Ackermann. Aber es sind unzählige, die von ihm und durch ihn erfahren und erlebt haben, dass diese Landbauform sich nicht in Richtlinien und Kontrollen erschöpft, sondern das Denken und das Fühlen des ganzen Menschen erfordert. Für das alles möchte ich Danke sagen, in meinem persönlichen Namen, aber stellvertretend auch für alle seine Freunde und Freundinnen vom Bioforum Schweiz.

Uns allen wünsche ich, dass wir dieses Erbe – ich beziehe hier ganz bewusst das Andenken an Jakobs Frau Marianne, die ihm im Tod zwei Monate vorausgegangen ist, mit ein – bewahren und weitertragen können. Es ist in einer zunehmend kälter werdenden Welt nötiger denn je.

Werner Scheidegger für das Bioforum Schweiz



Marianne und Jakob Ackermann im Oktober 2011.

Foto: zvg

Aktuell

Eine Wortkolumne aus aktuellem Anlass.

Jakob Weiss. Kürzlich erkundigte ich mich per Telefon bei meinem jungen Neffen, wie es ihm denn so gehe. Er sagte, und wollte dabei etwas gelassener tönen als er war: «Aktuell bin ich am Stellensuchen.» Nachdem wir aufgelegt hatten, ging mir durch den Kopf, was er eigentlich ausdrücken wollte: «Ich bin akut am Suchen einer Stelle.» Denn es ist nicht lustig, als junger Mensch vom sogenannten Erwerbsleben ausgeschlossen zu sein. Und klar, nimmt dann die Suche nach regelmässig bezahlter Arbeit allerhöchste Priorität ein, ist stets gegenwärtig, es herrscht eine dauerhaft bedrohliche Situation bis zur erhofften Vertragsunterzeichnung. Aber ist diese Suche «aktuell»? Radio- und TV-Nachrichten müssen aktuell sein. Ihre Neuigkeit macht den Bann aus, von dem man in Beschlag genommen werden will. Er lässt einen alles andere (einen Moment lang) vergessen, Befreiung vom eigenen Alltag. **Neu bzw. aktuell wird unversehens zum Synonym für wichtig.** Extrem wichtig ist offenbar auch die Aktualität von Börsenkursen, wo Sekundenbruchteile für die dort Tätigen über Gewinn oder Verlust entscheiden können. Gar nicht so anders will eine Zeitschrift mit einem Titel wie «bioaktuell» den Eindruck erwecken, man müsse sie unbedingt lesen, wolle man nicht etwas verpassen. Auch die Redaktionskommission von «Kultur und Politik» überlegt sich angesichts vorgebrachter Kritik immer wieder, die meist langen, eher schwer zu lesenden Texte mit «Aktualitäten» aufzulockern. So ein bisschen Kurzfutter ins späte Heu vom Stock mischen, damit das Ganze besser gefressen wird. Die Grossverteiler von Lebensmitteln und anderen Konsumgü-



Wo befindet sich dieser Mensch aktuell?

Foto: Jakob Weiss

tern verfolgen eine ähnliche Strategie. Sie streuen regelmässig «Aktionen» ins Gesamtangebot. Dann ist für kurze Zeit der Preis eines Artikels reduziert und **man verpasst etwas, wenn man nicht zugreift.** «Aktuell im Angebot: Schweinskotelett für nur Fr. 21.–/kg statt Fr. 26.–/kg.» Oder: «6 Paar Herrensocken für nur 9.80». Schliesslich auch noch dies: Was wäre ein Westernfilm oder eine Krimiserie ohne Action («Äkschn»)? Wir würden gar nicht hinschauen ohne, alles in der Erzählung dient der Hervorhebung besonders spannender Momente. Wo geschossen wird, läuft garantiert etwas. Aber auch das Theaterstück ohne Mord darf nicht erst im «Dritten Akt» interessant werden. Akt, «Action», aktuell und auch Aktie, alle Wörter haben den sel-

ben Wortstamm und dieser meint vorerst wenig mehr als agieren, also handeln. Jemand tut etwas, wir tun etwas, andere tun etwas. Grundströmung des Lebens. Man kann nicht anders als handeln. «Aktuell» will von seiner Wurzel her nur sagen, dass etwas wirklich ist. Beim Vergewissern über die Wirklichkeit sehen wir uns dann manchmal genötigt, etwas zu «aktualisieren». Dieses Etwas gehört noch nicht auf den Kompost der Vergangenheit, es kann mit ein paar Handgriffen in die Gegenwart zurückgeholt und den neuen Bedürfnissen angepasst werden. Gewissermassen ein Facelifting. Ich streiche die Adressen Gestorbener und nehme jene neuer Bekannter dazu, schon ist der Adressteil meiner Agenda aktualisiert. Ihr Wirklichkeitswert ist wieder gesteigert. Am Montag

steht die aktualisierte Rangliste der Meisterschaftsrunde im Sportteil der Zeitung und ersetzt jene vom Samstag. Am Nachmittag des Wahlsonntags tröpfeln ständig neue aktuelle Ergebnisse durch die Mikrofone. **Aktualität kann rasend rasch schwinden, ja sie muss. Sie hüpfst stets hinter sich selber her, kaum ist sie aktuell, ist sie es schon nicht mehr.** Und deshalb riecht Aktualität ständig ein wenig nach Verfall. Das ewige Hinterherhüpfen macht auch müde. Punkto Zielerreichung ist Aktualität ähnlich dran wie Sisyphos. Ihr Selbstwertgefühl ist aber nur gespielt.

«Aktuell!» ist zwar attraktiv, doch durch den Glanz der Verheissung schimmert schon das faltige Antlitz enttäuschter Vergangenheit – morgen wird aktuell uralte sein. Aktuell möchte deshalb verzweifelt die Zeit anhalten, will nicht nur der alte Hut von morgen sein. Mit seinem Charakter passt aktuell bestens in eine ewig jung sein wollende Zeit. Solange man nicht die Angestrenztheit spürt, eine unterschwellig treibende Getztheit zu verbergen. Denn unter der attraktiven Oberfläche läuft immer die Flucht vor dem Tod. Weshalb aktuell laut hinaus-schreit: Wer nicht auf dem Laufenden, nicht aktuell ist, wer die aktuellen Nachrichten und die Aktion im Laden und den Aktienkurs verpasst hat, nimmt nicht am richtigen Leben teil! – Obwohl es gerade umgekehrt ist. **Aktualität als Permanenz lässt uns auf einem Gehband an Ort treten** (der wackeren Unterstützung durchs Handy sei gedankt). Dabei sehen wir weder die Landschaft noch spüren wir die Geschichte, aus der sie gewachsen ist. Oder anders gesagt: gelebte Gegenwart, ja. Aktuell sein, nein danke. ●

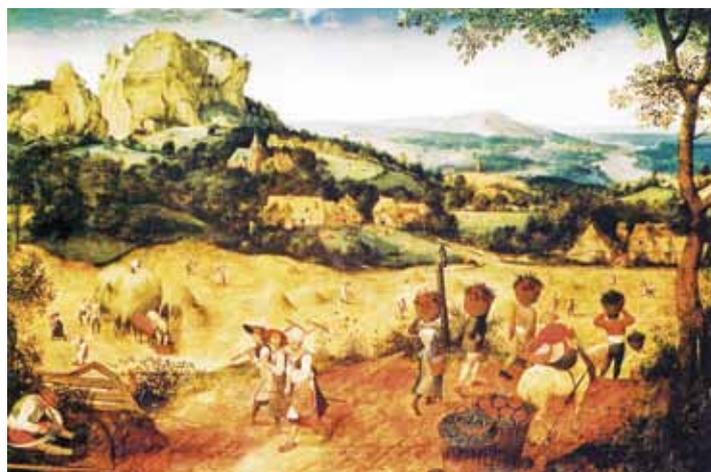


Gestaltung: Christine Kradolfer

Agrarpolitik – ein rutschiges Terrain

Martin Köchli. Beim Versuch, eine Kolumne zur AP14-17 zu schreiben, kam mir unweigerlich die Geschichte vom Hansli in den Sinn, der zu spät zur Schule kam. Auf die Rüge der Lehrerin meinte er, es sei so eisig gewesen, dass er immer drei Schritte zurückgerutscht sei, wenn er zwei vorwärts tat. Auf den Einwand, so wäre er ja gar nicht in der Schule angekommen, gab er zurück, er hätte angefangen wieder nach Hause zu laufen.

Auch die Agrarpolitik ist ein rutschiges Terrain geworden, und manchmal habe ich in der Tat das Gefühl, wir täten gut daran, uns die Herkunft der Landwirtschaft in Erinnerung zu rufen, um ihre Zukunft vernünftig gestalten zu können. Der Agrarhistoriker Peter Moser ortet den Übergang der jahrtausendealten Kulturform der bäuerlichen Landwirtschaft zur modernen Agrarproduktion beim massiven Einsatz von Fremdresourcen in Form von fossilen – und auch nuklearen – Energieträgern für die Herstellung von Kunstdünger, Pestiziden und für



Positive Emotionalität und viele SAK: «Die Heuernte» von Pieter Bruegel des Älteren aus dem Jahr 1565.

Foto: Christian Vöhringer auf Wikimedia Commons

die Motorisierung. Ein weiteres Kennzeichen der industriellen Landwirtschaft ist der massive Import von Futtermitteln für die Tierproduktion. **Ob eine Landwirtschaft bäuerlich oder industriell ist, lässt sich also erst einmal an der Art der eingesetzten Energie ablesen.** Beruht die Erzeugung von Lebensmitteln vorwiegend auf lokal verfügbaren, erneuerbaren Energiequellen oder verbraucht sie im Wesentlichen

nicht-erneuerbare und importierte Ressourcen? Der mit der Industrialisierung der Landwirtschaft zusammenhängende Einbruch der bäuerlichen Kultur deckt ein Defizit auf, das unserer technischer geprägten Zeit und ihren Menschen immer mehr zu schaffen macht. **In unserer Gesellschaft mangelt es substantiell an jener positiven Emotionalität, die bäuerliches Denken und Handeln über grosse Zeiträume**

hinweg geprägt hat. Nicht nur als Schönfärberei und als billiger Trost für den strengen Alltag. Was uns auch heute noch an einem Jodellied oder an einem gemalten Landschaftsbild berührt, ist die emotionale Tiefgründigkeit – sie vermag uns Halt zu vermitteln. Wir tun also gut daran, unsere Landwirtschaft nicht nur nach direkt ökonomischen Kriterien auszurichten. Sondern auch denjenigen Aspekten Rechnung zu tragen, die für das Gesamtwohl der Gesellschaft ebenso unabdingbar sind wie eine gesicherte Versorgung mit Nahrungsmitteln. Da haben kleine, überschaubare Bauernhöfe, früher meistens «es Heimet» genannt, auch in Zukunft eine (lebens-)wichtige Funktion. Was wir brauchen und uns gut tut, ist – neben einer gesunden Ernährung für den Körper – eine Umwelt und eine Mit-Welt, die ein emotionales Behütet-Sein, ein emotionales Daheim-Sein vermittelt. Damit eine Standfestigkeit entstehen kann, die auch in eisigen und rutschigen Lebenssituationen Halt und Rückhalt gibt. ●

Rücktritt von Markus Lanfranchi als Präsident des Bioforum Schweiz

Am Bioforum gab es in letzter Zeit verschiedene interne Konflikte zwischen dem Präsidenten Markus Lanfranchi und anderen engagierten Mitgliedern und Partnern. Auch beim Aufbau eines stark von Markus Lanfranchi angeregten Projektes zu «bäuerlichem Erfahrungswissen», das im Internet als «Farmerswiki» präsentiert werden sollte, entstanden weitreichende Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der Mehrheit der weiteren Mitglieder der Projektgruppe. Daraufhin traten mehrere wichtige Personen aus der Projektgruppe und, sofern als Beiräte dem Bioforum verbunden, als solche zurück. Der erst sehr spät über diese Probleme informierte Vorstand bemühte sich intensiv, die Situation zu retten und eine Rückkehr zu Dialog und Verständigung zu finden. Dies gelang leider nicht und führte schliesslich zum Rücktritt von Markus Lanfranchi als Bioforum-Präsident und zur Übernahme des Interimspräsidiums durch Martin Köchli. Das massgeblich von Markus Lanfranchi aufgegleiste Projekt «Farmerswiki» musste in der Folge vom Bioforum fallen gelassen werden.

Der Vorstand bedankt sich bei Markus Lanfranchi für sein Engagement und für seine Ideen, bedauert die wiederholt aufgetretenen kommunikativen, organisatorischen und zwischenmenschlichen Konflikte und wünscht Markus alles Gute in seinen weiteren und zukünftigen Wirkungsfeldern.

Es ist zu hoffen, dass die Verwerfungen im Bioforum als sozialer Gruppe und Institution sich wieder zusammenfügen, dort wo die Interessen und Initiativen im Grunde doch zusammengehören. Der Vorstand des Bioforum Schweiz ist auch weiterhin daran interessiert, eine Brücke zu schlagen zwischen verschiedenen Wissens- und Erfahrungsbereichen; sowohl im bäuerlichen und landwirtschaftlichen Umfeld als auch mit anderen an souveräner Ernährung interessierten Menschen. An der Hauptversammlung in Zofingen werden Sie mehr darüber erfahren.

Der Vorstand des Bioforum Schweiz

Aus Verantwortung für unsere Kinder und eine intakte Umwelt.

HiPP

Das Beste aus der Natur.
Das Beste für die Natur.

Claus Hipp

Stefan Hipp

Was vor über 50 Jahren mit dem Bio-Anbau begann, wird in allen Bereichen des Unternehmens gelebt. Der sorgsame Umgang mit Umwelt und Ressourcen, ein respektvolles Miteinander und höchste Qualität sind Anforderungen, mit denen HiPP gewachsen ist und die untrennbar mit dem Namen HiPP verbunden sind. Mit sorgfältig hergestellten Produkten übernehmen wir die Verantwortung gegenüber unseren Kindern und der Umwelt, in der sie groß werden.

Dafür steht der Name HiPP und dafür stehe ich mit meinem Namen.

Claus Hipp

Die Zukunft mitgestalten im Einklang mit der Natur.

Ressource Wasser



Senkung des Wasserverbrauchs um 70% in den letzten 20 Jahren durch technische Innovationen

Nein zu Grüner Gentechnik



Aus ökologischen und ethischen Gründen und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt

Erneuerbare Energiequellen



Das langjährige Engagement für den Klimaschutz ist mit dem Deutschen Solarpreis 2011 ausgezeichnet worden.

Klimafreundliche Produktion



CO₂-neutrale Energiebilanz durch den Einsatz erneuerbarer Energien und Unterstützung weltweiter Klimaschutzprojekte

Mehr dazu unter www.hipp.ch

Vom 21. bis 23. Juni 2013 findet in Zofingen der traditionelle Bio Marché statt. Wie gewohnt finden bei dieser Gelegenheit der Biogipfel und die HV des Bioforums statt.

13. Biogipfel

«**Biolandbau: Luxus oder Überlebensstrategie? Erfahrungen aus der Schweiz und Ecuador**»

Podiumsveranstaltung am Bio Marché in Zofingen, Samstag, 22. Juni 2013, 10.00 bis 12.30 Uhr, Rathaus Zofingen

Die Biolandwirtschaft spielt in der Schweiz eine immer bedeutendere Rolle. Sie sorgt für fruchtbare Böden, sauberes Trinkwasser, Artenvielfalt und für eine vielfältige Kulturlandschaft. Dass Bio heute ein gewinnbringendes, internationales Geschäft ist, liegt nicht zuletzt am Marketing der Grossverteiler, die Bio-Lebensmittel als gesunde Lifestyle-Produkte lukrativ vermarkten. Im Zusammenhang mit Klimaerwärmung und Energieknappheit wird der Biolandbau aber weltweit immer mehr als Überlebensstrategie diskutiert. Dies gilt gerade auch für Kleinbauernfamilien in Entwicklungsländern. SWISSAID ist überzeugt, dass Bio das beste Rezept gegen den Hunger ist.

Programm

10.00 Uhr: Begrüssung

Wendy Peter, Vorstand Bioforum Schweiz; Stiftungsrätin SWISSAID

Erfahrungsberichte:

María Ilda Chicaíza Chango, Biobäuerin, Ecuador; engagiert in verschiedenen von SWISSAID unterstützten Basisorganisationen.

Ernst Frischknecht, Pionier der biologischen Landwirtschaft in der Schweiz; Bioforum Schweiz; ehemaliger Präsident Bio Suisse

11.00 Uhr: Podiumsdiskussion

Susanne Hochuli, Regierungsrätin Aargau (Grüne Partei); Biobäuerin

Hans-Georg Kessler, Biofarm; Produkt-Manager Ölsaaten

Johann Züblin, Migros, Direktion Nachhaltigkeit & Issue Management

María Ilda Chicaíza Chango und **Ernst Frischknecht**

12.20 Uhr: Schlusswort

Moderation: **Tina Goethe**, SWISSAID
Im Anschluss an die Veranstaltung bietet ein Apéro Gelegenheit für Gespräche.

Hauptversammlung 2013

Samstag, 22. Juni 2013, 14.00 bis ca. 15.00 Uhr, Rathaus Zofingen

Traktanden:

1. Protokoll der HV vom Juni 2012
 2. Jahresbericht des Interimspräsidenten
 3. Jahresrechnung 2012*
 4. Wahlen:
 - Erneuerungswahlen Vorstand
 - Wahl eines neuen Präsidenten oder einer neuen Präsidentin.
Auch ein Copräsidium ist möglich.
 5. Budget 2013*
 6. Tätigkeitsschwerpunkte 2013/2014
 7. Verschiedenes
- * Jahresrechnung und Budget werden an der Sitzung verteilt.

Impressum

Kultur und Politik erscheint im 68. Jahrgang

Vierteljahrszeitschrift

Herausgeberin ist das Bioforum Schweiz

Geschäftsstelle:

Daniela Weber
Im Obstgarten 7, 8479 Altikon
Telefon 079 380 31 14
Fax 044 302 89 20
daniela.weber@bioforumschweiz.ch

Redaktion: Markus Schär, Wendy Peter, Nikola Patzel
redaktion@bioforumschweiz.ch

Redaktionskommission:

Christian Gamp-Vogel, Nikola Patzel, Wendy Peter, Markus Schär, Jakob Weiss

Fotos: Siehe Quellenangaben

Inserate:

Telefon 079 380 31 14 (Geschäftsstelle), inserate@bioforumschweiz.ch

Mitgliederbeitrag inkl. Abo:

SFr. 60.– bis 100.– / 50 bis 90 Euro
Auslandsabo ohne Mitgliedschaft: 40 Euro

Layout und Druck:

Druckerei Schürch AG, Huttwil

Redaktionsschluss für K+P 3/13:

15. August 2013

Für aktuelle Infos:

www.bioforumschweiz.ch

Ich/wir abonniere/n «Kultur und Politik» und werde(n) damit automatisch auch Mitglied des Bioforums Schweiz

- als Einzelmitglied für 60 Franken / 50 Euro im Jahr (oder Abo ohne Mitgliedschaft: 40 Euro)
- als Familie für 80 Franken / 70 Euro im Jahr.
- als Firma oder Institution für 100 Franken / 90 Euro im Jahr.

Vorname: _____

Nachname: _____

Strasse / Nr.: _____

PLZ / Wohnort: _____

Bitte Talon ausschneiden und einsenden an:

Bioforum Schweiz, Daniela Weber, Im Obstgarten 7, CH-8479 Altikon